



Wortprotokoll der 17. Sitzung

Ausschuss für Kultur und Medien

Berlin, den 17. Oktober 2022, 11:00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str.1
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E.200

Vorsitz: Katrin Budde, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 4

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Eckpunkte zur Einrichtung eines Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation

BT-Drucksache 20/1764

Federführend:

Ausschuss für Kultur und Medien

Mitberatend:

Ausschuss für Inneres und Heimat

Ausschuss für Digitales

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen
Union

Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Katrin Budde [SPD]

Abg. Dr. Christiane Schenderlein [CDU/CSU]

Abg. Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Thomas Hacker [FDP]

Abg. Dr. Marc Jongen [AfD]

Abg. Jan Korte [DIE LINKE.]



Liste der Sachverständigen:

Angelika Barbe

Ehemals Mitglied des Deutschen Bundestages

Dr. sc. Stefan Bollinger

Politikwissenschaftler, Historiker

Dr. Judith C. Enders

Politikwissenschaftlerin, ehemals Mitglied der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“

Dr. Ilko-Sascha Kowalczyk

Historiker, ehemals Mitglied der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“

Prof. Dr. Beate Neuss

Emeritierte Professorin für Politikwissenschaft, Technische Universität Chemnitz

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Matthias Platzeck

Ehemals Vorsitzender der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“

**Mitglieder des Ausschusses**

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Budde, Katrin Koß, Simona Lindh, Helge Schieder, Marianne Schneider, Daniel Weingarten, Dr. Joe	Kühnert, Kevin Müntefering, Michelle Philippi, Dr. Andreas Rohde, Dennis Wegge, Carmen Wiese, Dirk
CDU/CSU	Frieser, Michael Mörseburg, Maximilian Schenderlein, Dr. Christiane Wanderwitz, Marco Widmann-Mauz, Annette	Bär, Dorothee Connemann, Gitta Heveling, Ansgar Klößner, Julia Kriings, Dr. Günter
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Amtsberg, Luise Grundl, Erhard Tesfaiesus, Awet	Fester, Emilia Sacher, Michael Schönberger, Marlene
FDP	Glogowski-Merten, Anikó Hacker, Thomas	Fricke, Otto Tippelt, Nico
AfD	Jongen, Dr. Marc Renner, Martin Erwin	Frömming, Dr. Götz Storch, Beatrix von
DIE LINKE.	Korte, Jan	Sitte, Dr. Petra



Tagesordnungspunkt 1

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Eckpunkte zur Einrichtung eines Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation

BT-Drucksache 20/1764

Liste der Sachverständigen

Angelika Barbe

Ehemals Mitglied des Deutschen Bundestages

Dr. sc. Stefan Bollinger

Politikwissenschaftler, Historiker

Dr. Judith C. Enders

Politikwissenschaftlerin, ehemals Mitglied der
Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und
Deutsche Einheit“

Dr. Ilko-Sascha Kowalczyk

Historiker, ehemals Mitglied der Kommission
„30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche
Einheit“

Prof. Dr. Beate Neuss

Emeritierte Professorin für Politikwissenschaft,
Technische Universität Chemnitz

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Vorsitzende: Herzlich willkommen zur 17. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien, einer öffentlichen Ausschusssitzung. Die öffentliche Anhörung findet formal statt zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung zur „Errichtung eines Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“. Es wird Frage, Nachfrage und öffentliche Debatte mit Sachverständigen zu diesem Zukunftszentrum geben. Die Fraktionen haben als Sachverständige benannt: Frau Barbe, Herrn Dr. Bollinger, Frau Dr. Enders und Herrn Prof. Paqué: Herzlich willkommen!

Herr Dr. Kowalczyk und Frau Prof. Neuss sind online zugeschaltet. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen. In dem Moment, in dem Sie sprechen, sind Sie für uns auf dem Bildschirm sichtbar. Ich hoffe, Sie sehen und hören uns gut, wir sind ja alle in diesen Formaten geübt.

Herrn Platzeck muss ich entschuldigen. Er hat mir heute Morgen eine Nachricht geschickt, dass er nicht kommen kann. Mit Fieber ist die Reise schlichtweg nicht möglich. Auf ihn werden wir verzichten müssen.

Ich sage noch einmal allen herzlich willkommen. Die ganze Sitzung ist öffentlich, diesmal haben wir sogar einen Livestream, und die Aufzeichnung wird auf Dauer in der Mediathek angeboten. Es wird außerdem ein Wortprotokoll angefertigt, sodass die Anhörung immer in allen ihren Facetten nachvollziehbar bleibt.

Dann darf ich Sie darüber informieren, dass Abgeordnete teilnehmen, die nicht Mitglied im Ausschuss sind, aber heute für ihre Fraktion zum Thema reden werden: Frau Abg. Magwas, Sie kennen den Ausschuss ja aus der letzten Legislaturperiode, und Frau Abg. Dr. Piechotta, herzlich willkommen im Ausschuss. Auch in der SPD-Fraktion gibt es Veränderungen. Es sind zwei Abgeordnete dabei, die nicht dem Ausschuss angehören (Abg. Ariane Fäscher und Abg. Mathias Papendieck).

Schließlich darf ich herzlich begrüßen Staatsminister Carsten Schneider, der in der Bundesregierung die Federführung für das Thema hat und für die ostdeutschen Bundesländer zuständig ist. Herzlich willkommen. Nachdem ich etwas zum Verfahren gesagt habe, haben Sie als Erster das Wort.

Die Sachverständigen haben uns dankenswerterweise schriftliche Stellungnahmen zugeleitet. Außerdem liegt uns der Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ vor.



Ich darf herzlich willkommen heißen: Angelika Barbe, ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages und DDR-Bürgerrechtlerin, Herrn Dr. Bollinger, Politikwissenschaftler, Historiker, Mitglied der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin und der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE., herzlich willkommen.

Frau Dr. Enders ist Politikwissenschaftlerin, Lehrbeauftragte, ehemaliges Mitglied der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ und damit Insiderin. Herr Dr. Kowalczyk, online zugeschaltet, ist Historiker und war ebenfalls Mitglied der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, auch ein Insider, was das Thema angeht. Herzlich willkommen. Frau Prof. Dr. Neuss, auch online zugeschaltet, ist Professorin für Politikwissenschaften, Technische Universität Chemnitz, Herr Prof. Dr. Paqué, ist Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Volkswirtschaftler. Er hat einen Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere für internationale Wirtschaft, an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und war Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt. Matthias Platzeck hätte ich wahrscheinlich nicht vorstellen müssen, aber er ist auch nicht da.

Der Ausschuss hat vereinbart, dass die Veranstaltung ungefähr zwei Stunden dauern darf, um 13 Uhr ist Schluss. Herr Staatsminister Schneider wird den ersten Impuls geben. Für alle läuft die Stoppuhr mit, die auch online zu sehen ist. Die Impulse der Sachverständigen dürfen vier Minuten dauern, im Anschluss haben die Fraktionen das Wort. Die Zeit haben wir für die Fraktionen in Blöcke eingeteilt. Die größeren Fraktionen, SPD und CDU/CSU, haben jeweils 18 Minuten Zeit. In diesen 18 Minuten werden sie sich positionieren und ihre Fragen stellen. Die Antworten derjenigen, die sie ansprechen, müssen ebenfalls in dieser Zeit gegeben werden. Die beiden 18er-Blöcke gelten für SPD und CDU/CSU, für alle anderen Fraktionen sind es zwölf Minuten. Da Herr Staatsminister Schneider einführt, hat die SPD als letzte Fraktion das Wort.

Herr Staatsminister, Sie dürfen als Erster das Wort ergreifen. Bitte.

Staatsminister **Carsten Schneider** (Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem wir bereits in einer normalen Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien eine erste Diskussion über das Zukunftszentrum geführt haben, will ich mich heute auf die Neuigkeiten beschränken und dann den Sachverständigen meine Aufmerksamkeit schenken. Ich bedanke mich für die Unterstützung, die Sie diesem Projekt im vergangenen Jahr und in dieser Legislaturperiode geschenkt haben. Mein Dank gilt darüber hinaus denjenigen, die schon in der Einheitskommission mitgearbeitet haben, für Ihre Ideen, die Sie eingebracht haben, und jetzt für die Unterstützung auf dem weiteren Weg.

Nachdem der Deutsche Bundestag den Beschluss gefasst hat, dieses Zentrum zu errichten, haben wir innerhalb der Bundesregierung alle notwendigen Voraussetzungen geschaffen. Das betrifft sowohl die Etatisierung als auch die Beauftragung des Standortwettbewerbs. Die Kommission, die ich dazu berufen habe, wird am 7. November 2022 zum ersten Mal tagen und danach einen Zeithorizont abstecken für eine Bereisung der einzelnen Städte, die sich als Standorte für das Zukunftszentrum beworben haben. Ich gehe davon aus, dass wir spätestens im Januar eine Entscheidung über den Standort haben.

Kurz zur Bewerbungslage: Zum 30. September, dem Bewerbungsschluss, haben sich folgende Städte beworben: Halle, Jena, Leipzig gemeinsam mit Plauen, Eisenach, Sonneberg, Mühlhausen und Frankfurt/Oder. Nach erster Sichtung durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), das für die Bundesbauministerin tätig wird, kann man sagen, es handelt sich durchweg um substantielle Bewerbungen.

Es steht fest, dass die Jury in ihrer Freiheit und durch ihre Besetzung mit starken Persönlichkeiten garantiert, dass wirklich nichts vorher festgelegt wurde, sondern das Verfahren den Ansprüchen und Anforderungen gerecht wird, die Sie in dem



im Deutschen Bundestag verabschiedeten Antrag (20/1857) verdeutlicht haben. Es sind verschiedene Aspekte zu beachten, die Ihnen bekannt sind, deshalb will ich darauf nicht eingehen.

In der vorigen Woche haben wir den Jahresbericht des Ostbeauftragten (Drucksache 20/3700) diskutiert. Darauf will ich kurz eingehen, insbesondere auf Teil B. Teil B stellt die Ergebnisse des Deutschland-Monitors dar. Darin zeigt sich für mich noch einmal wie in einem Brennglas, dass wir parallel zur Errichtung des Gebäudes für das Zukunftszentrum schon mit der inhaltlichen Arbeit beginnen müssen. Das heißt, wir müssen Dialogforen schaffen zwischen Ost und West, aber auch innerhalb Ostdeutschlands, um der Reflexion über die vergangenen 30 Jahre sowie über die 40 Jahre davor Raum zu geben. Das erscheint mir immer notwendiger, insbesondere vor dem Hintergrund der zugespitzten und polarisierten politischen Diskussion, die wir in Deutschland insgesamt haben. Aus diesem Grund werden wir im nächsten Jahr parallel zur Bau- und Architekturwettbewerbsentscheidung mit dem Aufbau und dem Betrieb des Zentrums beginnen, so Sie im Deutschen Bundestag der Etatisierung des Vorschlags zustimmen werden. Vielen herzlichen Dank.

Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Wir starten in die Runde der Sachverständigen. Sie werden in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen und haben vier Minuten Zeit. Frau Barbe, Sie haben als Erste das Wort, bitte.

SV **Angelika Barbe** (ehemals Abgeordnete des Deutschen Bundestages): Herzlichen Dank für die Einladung und dafür, dass ich hier sprechen kann.

Ich finde, dieses Zentrum, das eingerichtet werden soll, völlig in Ordnung. Allerdings hätte ich mir eine andere Namensgebung gewünscht. Ich hätte mir gewünscht, dass man umstellt auf „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“, weil ich befürchte, dass der Vorrang der europäischen Transformation gilt.

„Europäische Transformation“ ist für mich ein schwammiger Begriff, weil ich befürchte, dass Brüsseler Bürokraten uns vorgeben, was wir zu denken und zu tun haben.

Für mich sind wichtige Aufgaben des Zentrums folgende: Zum Ersten muss es darum gehen, interessengeleitete Geschichtslügen richtig zu stellen und den Opfern der SED-Diktatur ihre Würde wiederzugeben.

Wir haben zum Beispiel die Nachwirkung der Modrow-Maßnahmen. Das war der Preis der friedlichen Revolution. Wenn die SED immer wieder betont, die Treuhandanstalt wäre ein Verursacher der Verwerfungen im Osten, möchte ich daran erinnern, dass, erstens, am 1. März 1990, kurz vor den ersten Wahlen, Hans Modrow die Treuhandanstalt errichtet hat und dabei 1.600 ehemalige Minister, Betriebsleiter, SED- und Stasi-Kader eingesetzt hat, die schon die DDR ruiniert hatten. Diese Funktionäre verpulverten mit den Glückrittern West das DDR-Volkvermögen.

Zweitens: Modrow schleuste per Erlass in die Institutionen des DDR-Staates SED-Kader und Stasi-Mitarbeiter in Arbeitsämter, Behörden, Schulen, Banken usw.

Drittens: Modrow setzte eine Kaderakten-Säuberung durch, die es den von SED-Chefs Entlassenen unmöglich machte, eine berufliche Rehabilitation zu bekommen.

Viertens: Stasi-Offiziere und Politikader konnten sich per Modrow-Gesetz als Rechtsanwälte niederlassen, die den Bürgern nach 1990 mit falschen Rechtsauskünften, verpassten Terminen usw. schaden.

Fünftens: Modrow erließ ein Vermögensgesetz, das den Systemprivilegierten Grundstücke und Häuser zuschanzte. Für mich ist der Ort Bestensee inzwischen Bonzensee.



Sechstens: Die SED löste sich nicht auf wie die Kommunistische Partei Ungarns. SED-Funktionäre und Stasi-Mitarbeiter sitzen in Parlamenten und den Institutionen des Rechtsstaates.

Siebtens: Modrow weigerte sich, den Auftrag des runden Tisches auszuführen und die Stasi aufzulösen. Er nannte sie nur um in „Amt für nationale Sicherheit“. Erst den mutigen Bürgerkomitees kommt das Verdienst zu, die Stasi – Schild und Schwert der SED – entwapfnet und entmachtet zu haben. Das kann ich als Beteiligte bezeugen.

Zum Zweiten: Die Lügen der SED müssen offengelegt werden. Die SED/LINKE. ist nach eigenem Bekenntnis vor dem Berliner Landgericht rechtsidentisch mit der Unrechtspartei SED, hat sich nie von ihr distanziert und ist auch keine neue Partei, wie Lafontaine nach seinem Übertritt behauptet hat. Es sind Leute wie Sahra Wagenknecht, die sich nie eindeutig von ihrem Lob für Stalin losgesagt hat, oder Ex-Parteichefin Katja Kipping, die an die „Errungenschaften“ der DDR erinnert, damit wir die nicht vergessen. Da frage ich: Was soll das sein? Mauer, Stacheldraht, Hunderttausende Zwangsentenete, Hunderttausende Haftopfer und Millionen Flüchtlinge? Oder Gesine Lötzsch, die will „1.000 Wege zum Kommunismus“ versuchen, natürlich wieder mit den Bürgern als Versuchskaninchen.

Zum Dritten: friedliche Revolution: DDR-Bürger wollten in der Mehrheit keine DDR mehr und auch keine Experimente. Sie entschieden sich in der Volkskammerwahl am 18. März 1990 zu 85 Prozent für Parteien, die für die deutsche Einheit plädierten. Damit ist die SED-Propagandalüge ad absurdum geführt, die behauptet, die Bürger hätten die reformierte DDR gewollt.

Was ist das Vermächtnis der friedlichen Revolution? Zum Beispiel erinnert Prof. Dr. Jesse von der Universität Chemnitz daran: „Die Nationalsozialisten wurden von innen gestützt, von außen gestürzt. Die SED wurde von außen gestützt, aber von innen gestürzt.“ Dieses Vermächtnis, den Sturz der SED durch Bürger hervorgerufen zu haben, wird durch die westliche Politikelite ad absurdum geführt.

Sie hofiert stattdessen die SED, die wir damals zum Teufel gejagt haben.

Vorsitzende: Frau Barbe, Sie sind schon über die Zeit. Vielleicht könnten Sie den Rest im Frage- und Antwortteil weiterführen?

SV Angelika Barbe: Gut, ein Satz noch. Für mich ist die gesellschaftliche Ächtung des real existierenden Sozialismus/Kommunismus und seiner Verbrechen ganz wichtig. Das Europäische Parlament hat 2009 einen Beschluss gefasst, einen europäischen Tag zum Gedenken an die vielen Opfer des Nationalsozialismus und des Kommunismus einzuführen (23. August).

Vorsitzende: Ich will nur sagen, über die Bezeichnung des Zukunftszentrums brauchen Sie sich schon nicht mehr zu ärgern. Über dem Standortwettbewerb steht „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“.

SV Angelika Barbe: Wunderbar.

Vorsitzende: Diese Überschrift galt von Anfang an. Dann vielen Dank, Frau Barbe. Herr Dr. Bollinger, bitte.

SV Dr. Stefan Bollinger (Politikwissenschaftler): Schönen Dank für die Einladung. Ich will nicht mit Kollegin Barbe polemisieren, sondern in ein paar Bemerkungen darauf konzentrieren, was ich schon schriftlich eingereicht habe.

Ich glaube, es ist sehr wichtig, ein solches Zentrum einzurichten, weil wir über einen entscheidenden Einschnitt in die jüngste deutsche Geschichte zu reden haben. Diese Geschichte muss weiter dokumentiert, erforscht und öffentlichkeitswirksam vermittelt werden. Dass bis zum Endausbau 2028 etwa die gleiche Zeit vergangen sein wird, wie die doppelte Staatlichkeit zwischen 1949 und 1990 dauerte, das ist ein Manko, weist aber auch darauf hin, dass dieser Vereinigungsprozess ein sehr langer Prozess sein wird und vermutlich auch 2028 und in späteren Generationen nicht abgeschlossen ist.



Ich habe in meinem Papier auf ein paar Dinge aufmerksam gemacht, die ich hier noch einmal betonen will. Erstens: Wir müssen den Prozess der Herstellung der Einheit in seiner Widersprüchlichkeit begreifen. Es ist leider nicht so, wie eben dargestellt, dass alle DDR-Bürger mit Begeisterung in diese deutsche Einheit hinein wollten, sondern es hat eine sehr widersprüchliche Entwicklung gegeben. Viele glaubten daran, dass eine Erneuerung der DDR auf demokratisch-sozialistischer Grundlage möglich gewesen wäre.

Viele der Dinge, die in der „friedlichen Revolution“, wie sie gerne genannt wird, praktiziert wurden, sind im Verfassungsentwurf des runden Tisches vom 6. April 1990 fixiert und der Volkskammer vorgelegt worden. Wir kennen das Schicksal dieses Papiers, aber darin ist ein anderer Akzent enthalten als die einfache Übernahme bundesdeutscher Erfahrungswerte.

Eine zweite wichtige Aufgabe für ein solches Zentrum wäre nachzuschauen, wie sich der Vollzug der politischen, verwaltungstechnischen und rechtlichen Einheit dargestellt hat, welche Probleme es dabei gegeben hat, welche Chancen, aber auch welche Einschränkungen. Einschränkungen lagen zum einen darin, dass hier der Idealzustand „geherrscht“ hat. Aus der Alt-Bundesrepublik konnten Gesetze und Personal angeboten werden, um diesen Vereinigungsprozess möglichst schnell und möglichst geräuschlos über die Bühne zu bringen. In der Konsequenz bedeutete dies allerdings, dass Führungspositionen in Staat und Zivilgesellschaft, an Universitäten und in der Bundeswehr für Ostdeutsche nur sehr begrenzt zugänglich waren und sind, geschweige denn, im gesamtdeutschen Rahmen betrachtet.

Die dritte Überlegung, die man anstellen muss auch zum Verständnis vieler DDR-Bürger, die nun Bürger der vereinten Bundesrepublik sind: Man wird sehr genau schauen müssen auf den Prozess der wirtschaftlichen Transformation, wie er abgelaufen ist, mit welchen Widersprüchen, mit welchen Chancen, mit welchen Möglichkeiten. Man wird hier noch einmal sehr genau hinschauen müssen auf das, was geschehen ist, was vermutlich nicht allein auf kriminelle Machenschaften –

von wem auch immer – zu reduzieren ist. Man sollte dabei daran denken, dass der Osten ein wichtiges Experimentierfeld beim Übergang zur neoliberalen Ausgestaltung des Wirtschaftslebens mit seinen Konsequenzen für die gesamtdeutsche Entwicklung war.

Viertens ist es eine ganz wichtige Frage, daran zu erinnern, dass viele ostdeutsche Belegschaften, Betriebsräte, Gewerkschaften versucht haben, gegen die schlimmsten Auswirkungen des Transformationsprozesses der Arbeit der Treuhänder Position zu beziehen und sich dagegen zu wehren, um Arbeitsplätze zu retten mit allen Schwierigkeiten, die damit verbunden sind.

Fünftens, wäre es eine wichtige Frage zu schauen, wie ein solches Zentrum auf die deutsch-deutsche Geschichte blickt, wie diese Geschichte sich seit 1945 bis 1990 vollzogen hat. Das Zentrum sollte Verständnis für eine Doppelbiografie aufbringen, in der die beiden deutschen Staaten eine wichtige Rolle spielten als Gegner, als Partner, als Konkurrenten, als Inspiratoren für die jeweils andere Seite mit sehr unterschiedlichen Akzentsetzungen. Dann wäre man vielleicht auch der Überlegung enthoben, ob es nur um die ostdeutschen Lebensleistungen des einzelnen Ex-DDR-Bürgers geht, dem dann vorgeworfen wird, den „Ballast“, wie es unsere Altkanzlerin einmal formuliert hat, mit sich herumzuschleppen.

Vorsitzende: Herr Dr. Bollinger, für Sie gilt auch, dass Sie den Rest später nachtragen können, genauso wie Frau Barbe.

SV Dr. Stefan Bollinger (Politikwissenschaftler): Sechste Überlegung wäre, das Zentrum als Ort der Entwicklung und Artikulation ostdeutscher Interessen zu verstehen.

Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Dr. Enders, bitte schön.

SV Dr. Judith C. Enders (Politikwissenschaftlerin): Vielen herzlichen Dank für die Einladung, ich freue mich, dass wir heute dieses Thema



debattieren. In den bisherigen Beiträgen ist schon deutlich geworden, was ich in Abgrenzung dazu unterstreichen möchte. Es geht eben sehr wohl darum, die Vergangenheit in diesem Zukunftszentrum zu betrachten. Gleichzeitig würde ich aber sagen, dass eine Historisierung oder eine Betrachtung der Historie an sich nicht alles ist, was dieses Zentrum zu bieten hat. Ich möchte jeweils drei Dimensionen skizzieren.

Ich bin sehr dafür, dass wir die Bezeichnung „Europäische Transformation“ im Titel behalten. Aus meiner Sicht ist es so, dass wir immer in einem Dreiklang auf diese Dinge schauen. Sicherlich muss Ostdeutschland sich mit seiner Vergangenheit auseinandersetzen und kann das an so einem Ort auch sehr schön tun. Das gilt nicht nur für Menschen, die eine Betroffenenperspektive einnehmen, sondern für alle, wenn es geht, die sich irgendwie dazu hingezogen fühlen. Ostdeutschland muss in einen Dialog geraten. Gleichzeitig muss ein Dialog mit Westdeutschland angestoßen werden, immerhin leben in Westdeutschland mehr Bürgerinnen und Bürger als in Ostdeutschland, die sich mit dieser Geschichte noch nicht auseinandergesetzt haben. Das Zentrum soll eine Gelegenheit bieten, um den Ost-West-Dialog zu vertiefen und in eine konstruktive Dimension zu geleiten.

Gleichzeit ist die europäische Dimension deshalb wichtig, weil seit dem Fall der Mauer und dem Fall des Eisernen Vorhangs Ost- und Westeuropa jetzt seit 30 Jahren gemeinsam in einem Verbund in Europa leben. Dabei sind entsprechende Konflikte aufgetreten, aber auch Gemeinsamkeiten und konstruktive Möglichkeiten, die unbedingt weiterentwickelt und in eine Vision eines Europas der Zukunft übertragen werden müssen. Dabei beziehe ich mich nicht nur auf die Europäische Union, sondern auf alle europäischen Staaten und beziehe die Betrachtung der ost- und mitteleuropäischen Staaten in ihrer Transformationsentwicklung ein.

Als dritte Dimension verstehe ich die internationale Dimension. Das Zentrum soll auf jeden Fall dazu einladen, dass internationales Publikum es besucht, um dort etwas zu erfahren, was die

Besucher/-innen noch nicht wussten und was sie vielleicht für ihre eigene Entwicklung in ihren eigenen Herkunftsländern oder in den Dimensionen, in denen sie tätig sind, mitnehmen können. Ich denke nicht nur an Korea, Kuba oder andere postsozialistische Länder in Südamerika, sondern an alle, die Interesse daran haben, Visionen für die Zukunft zu gestalten und aus einer Transformation von 30 Jahren Schlussfolgerungen für die eigenen Transformationen zu ziehen, die uns alle vor große globale Herausforderungen stellen.

Gleichzeitig haben wir eine Dreiteilung im Zentrum selbst: Es gibt einen wissenschaftlichen Bereich, den künstlerischen, kulturellen Bereich und den Bereich Dialog und Begegnungsprozesse. Den Dialog sollte man Ost/West, europäisch und international führen. Hier im Ausschuss für Kultur und Medien möchte ich gern auf den künstlerischen Bereich eingehen. Die kulturelle Dimension ist zu stärken nicht nur als Galerie, sondern ist im Sinne eines größeren Verständnisses von Kunst und Kultur zu sehen. Wir haben schon sehr viele Studien vorgelegt und wissenschaftliche Überlegungen dazu angestellt, was in den letzten 30 Jahren in Ost- und Westdeutschland sowie in Europa passiert ist. Aber die Dimension, die Bürgerinnen und Bürger im Dialog und auch internationales Publikum zu erreichen, kann man sehr gut über die künstlerische Auseinandersetzung vollziehen. In der Kommissionsarbeit haben wir das versucht. Wir haben ein künstlerisches Projekt aufgesetzt, das zum 30. Jahrestag der deutschen Einheit in Potsdam sehr gut bei den Bürger/-innen angekommen ist. Es geht darum, die emotionale Dimension bei den Menschen zu berühren, die vielleicht nicht so verbalisieren können, was sie stört, oder warum es Verwerfungen im politischen Raum gibt sowohl in Deutschland als auch in der europäischen Dimension. Ich möchte jetzt nicht auf die Ukraine eingehen, aber das kulturelle Mittel, das künstlerische Mittel kann einen Weg öffnen, eine visionäre und zukunfts zugewandte Debatte über die Transformation zu führen, die schon geschehen ist und die noch notwendig sein wird. Gleichzeitig kann so ein progressiver Dialog mit den jungen Generationen eröffnet werden. Ich vertrete ja auch die dritte Generation Ostdeutschland. Es gibt inzwischen eine vierte Generation, die sich „ostdeutsch“ nennt.



Diesen Dialog mit den jungen Generationen, die mit der deutschen Einheit persönlich nichts zu tun hatten, kann man über die künstlerische Dimension gut erreichen. Dieser Aspekt muss noch ein bisschen gestärkt werden zugunsten nicht nur einer passiven, sondern einer aktiven Kultur in diesem Zentrum.

Vorsitzende: Vielen Dank. Jetzt ist Herr Dr. Kowalczuk an der Reihe. Bitte.

SV Dr. Ilko-Sascha Kowalczuk (Historiker): Vielen Dank für die Einladung, ich hoffe, dass Sie mich verstehen. Ich möchte drei Aspekte hervorheben, die für die inhaltliche Ausrichtung des Zukunftszentrums relevant sein sollten.

Erstens: Wenn wir über die deutsche Einheit und die Transformationsgeschichte sprechen, so geht das nur, wenn die Voraussetzungen dafür benannt werden. Das waren die kommunistische Diktatur mit ihren destruktiven Hinterlassenschaften sowie die erfolgreiche Freiheitsrevolution von 1989/90. Das Zukunftszentrum muss beides als integrale Bestandteile in seine Arbeit einbeziehen. Die Revolution war die Vorbedingung für die deutsche Einheit. Epochale Umbrüche wie eine solche Revolution ereignen sich weder zufällig noch spontan. Die Vorgeschichte der Revolution von 1989 besteht aus nationalen und internationalen Zusammenhängen. Aus diesem Grund erscheint es mir geboten, die inhaltliche Arbeit des Zukunftszentrums Mitte der 1970er-Jahre einsetzen zu lassen. Hier liegen mit der Ölpreiskrise von 1973 und der Verabschiedung der KSZE-Schlussakte von 1975 zwei zentrale internationale Ereignisse vor, die auf den Ostblock und die DDR nachhaltige Einflüsse ausübten.

Zweitens: Das Zukunftszentrum soll die Auswirkung von politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen auf die Gesellschaft in den Blick nehmen und so das unterschiedliche und zum Teil gegensätzliche gesellschaftliche Handeln in den Mittelpunkt rücken. Es wäre meines Erachtens verfehlt, stellte das Zentrum staatliches Tun in den Mittelpunkt. Das kann und sollte nur den Rahmen bilden. Für die Zeit vor 1989 heißt das, im Kontext der politischen und wirtschaftlichen

Entwicklung die vielfältigen gesellschaftlichen Entwicklungen in den Blick zu nehmen, die sich aus unterschiedlichen Motivlagen heraus gegen die Vorgaben der kommunistischen Diktatur stellten. Mit Blick auf Gegenwart und Zukunft und die Aufgabe des Zentrums als Demokratie-, Freiheits- und Identitätsanker erscheint es mir besonders nötig, Opposition und Widerstand, wozu auch Flucht und Ausreisen zählten, entsprechend ausführlich zu würdigen.

Die Freiheitsrevolution von 1989 ist nur in dem Kontext, wogegen sie sich richtete, zu erklären. Für die Zeit nach 1990 ist der Spannungsbogen von Freiheit, Demokratie und sozialer Unsicherheit in den ersten 15 Jahren maßgeblich. Hier kommt es darauf an, die einmaligen Herausforderungen des Transformationsschocks zu kontextualisieren. Diese Phase ist abgelöst worden von einer zweiten, nunmehr globalen Transformationsphase, die oftmals verkürzt als digitale Revolution bezeichnet wird. Ostdeutschland ist nun von einer nachholenden Gesellschaft zu einer partiell vorauseilenden geworden und nahm Züge eines Labors der Globalisierung an.

Drittens: Die Hoffnung auf „blühende Landschaften“ implizierte ab 1990 eine wohl ungewollte, aber regelrecht zwangsläufige Vergleichsgröße. So wie die Existenz des Westens als Schaufenster ein Katalysator für die Freiheitsrevolution war, so wurden nun durch das Versprechen blühender Landschaften, niemand werde es schlechter gehen, und in fünf Jahren habe der Osten den Lebensstandard des Westens erreicht, allein die sich selbst ständig weiter entwickelnden und verändernden Lebensverhältnisse im Westen zur Vergleichsgrundlage im Osten. Das war und ist fatal, weil es die Ausgangsbedingungen unberücksichtigt ließ. Die strikte Einbindung der DDR in den Ostblock macht Ostmittel- und Osteuropa auch zu den sinnvollen Vergleichsparametern. Die Geschichte der DDR ist ohne die Entwicklung Osteuropas ebenso wenig zu verstehen wie ohne die Berücksichtigung der Transformationsgeschichte Osteuropas seit 1990.

Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Prof. Dr. Neuss, auch online.



Wenn Sie auf das Knöpfchen drücken, müssten wir Sie sehen und hören können.

SV Prof. Dr. Beate Neuss (Politikwissenschaftlerin): Vielen Dank für die Einladung. Ich werde mich auf fünf Punkte beschränken. Zunächst ein allgemeiner Appell: Es ist darauf zu achten, dass das Zentrum stark nach Westdeutschland ausstrahlt. Das heißt, eventuell sollte es mit einem Büro in einem westdeutschen Bundesland als Mittler vertreten sein, denn die Ursachen der friedlichen Revolution und die Herausforderungen und Leistungen der Menschen im Umbruch sind im Westen des Landes eher weniger bekannt. Überspitzt ausgedrückt: Hier sind in vielen Teilen der westdeutschen Bundesländer die Wiedervereinigung und die Transformation im Osten kaum bemerkt worden, geschweige denn, dass die Kraftakte der Revolution und Transformation in ihrer Wirkung auf das Leben der Menschen nachvollzogen werden könnten.

Zweitens: Es sollte größter Wert darauf gelegt werden, dass die Reihenfolge der Aufgaben des Zentrums, „Deutsche Einheit und Europäische Transformation“, so gewichtet werden wie im Titel genannt. Wenn es, wie dies im Papier festgehalten ist, um innere Einheit geht, muss dem Prozess der Wiedervereinigung die Vorgeschichte als Teil deutscher Demokratiegeschichte und dem Umbau der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft deutlich die Priorität zugestanden werden.

Wenn mittlerweile seit drei Jahrzehnten beklagt wird, die Bürger Ostdeutschlands würden nicht gehört, ihre Geschichte sei unterbelichtet, dann kann das Zentrum nicht die Entwicklung Mitteleuropas oder EU-Europas gleichrangig oder gar bevorzugt abbilden. Manche Passagen der Eckpunkte lassen diesen Eindruck entstehen. Dies würde vorhandene Gefühle der Zweitrangigkeit vertiefen. Selbstverständlich aber entwickelt sich die Geschichte im Kontext der Reformen, Revolutionen und Transformationen in Mitteleuropa beziehungsweise in der gesamten EU, und das muss sich spiegeln. Das Zentrum muss die Erinnerungen, die Befindlichkeiten der Ostdeutschen in einem Mosaik, muss all ihre Einschätzungen und Erinnerungen dokumentieren.

In Anbetracht der vergangenen Zeit sollte auch daran gedacht werden, Aussagen der Zeitzeugen rechtzeitig zu sichern, solange diese noch aussagefähig sind.

Drittens: Die Transformation in den neuen Bundesländern von der Plan- zur Marktwirtschaft mit all ihren Spätfolgen aus der Zeit der DDR ist nur ein Aspekt des tiefgreifenden Wandels. Dieser fällt in die Zeit einer beschleunigten Globalisierung und Digitalisierung in ganz Deutschland, was das Fußfassen der Industrie und die Eingliederung der Menschen in den Arbeitsmarkt zusätzlich erschwerte. Umso mehr gilt es, entgegen dem Verlust alter Industrien die Leistungen herauszustellen, das Entstehen von Innovation, moderner Industrie und Hidden Champions sowie die Beseitigung der Spätfolgen. Transformation ist zugleich ein gesamtdeutsches Phänomen und steht mit dem Klimawandel vor einer neuen Welle. Hier ist an Erfahrungen anzuknüpfen.

Viertens: Bereich Wissenschaft. Hier steht in den Eckpunkten in den ersten Zeilen, „Das wissenschaftliche Institut soll exzellente empirische Forschung zur Transformation in Mitteleuropa leisten“. Abgesehen vom bereits kritisierten Schwerpunkt auf Mitteleuropa oder Europa, ist hier wie auch an anderer Stelle erkennbar, dass ein veritables Wissenschaftszentrum mit eigenen Forschern und breitem Forschungsfeld angedacht ist. In Anbetracht der Breite und Vielfalt der Aufgaben, kann es nur sehr groß gedacht werden und bedürfte eines ebenfalls sehr großen Verwaltungsapparats. Das halte ich für grundlegend verfehlt. Es verschlingt finanzielle und personelle Ressourcen. Festangestellte Wissenschaftler sind womöglich inflexibel, wenn es um fachlich neue, aus der Aktualität entstehende Fragenkomplexe geht. Es gibt ausreichend Forschungsinstitute an den Universitäten in Deutschland und Europa, empirisch arbeitende, öffentlich geförderte und private Institute, Thinktanks, Stiftungen usw., die diese Aufgabe bereits heute übernehmen. Ihnen könnte auch der Großteil der Verwaltung und damit der Kosten zugeordnet werden.

Fünftens: Aufgabe des Zentrums sollte vielmehr sein, offene Fragen zu formulieren, Dissertationen



anzuregen, Forschung zu begleiten, Wissenschaftskontakte zu Forschungsinstituten herzustellen und sich mit ihnen zu vernetzen.

Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Prof. Dr. Neuss, nehmen Sie Ihre letzten Sätze einfach mit in die Fragerunde. Dann geht es jetzt weiter mit Herrn Prof. Dr. Paqué, der aus dem Landtag gewöhnt ist, dass er sich an die Zeit halten muss. Bitte.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué (Friedrich-Naumann-Stiftung): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine ausführliche Stellungnahme liegt ja vor. Ich liefere deshalb nur eine ganz knappe Zusammenfassung. Der zentrale Punkt: Ich befürworte mit Nachdruck die Einrichtung eines „Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“. Drei maßgebliche Gründe möchte ich dafür nennen.

Erstens: Die Erfahrung der Strukturbrüche, der Transformation und des Strukturwandels nach 1990 in Deutschland und Mittelosteuropa liefern historisch extrem wichtiges, natürlich einmaliges Material zum Studium schwerer politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Umbrüche. Dieses Material darf nicht verlorengehen und muss vor allem wissenschaftlich aufgearbeitet werden.

Zweitens: Die Zusammenführung von Forschung, Dialog und Begegnung sowie Kunst und Kultur ist dafür ein absolut geeigneter Weg, wobei auf das Alleinstellungsmerkmal des Zentrums geachtet werden muss. Es gibt ja viele andere Erinnerungsstätten.

Drittens: Die Ergebnisse der Forschung können wichtige Erkenntnisse für den Umgang mit gegenwärtigen Herausforderungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft liefern. Beispiel ist die energiepolitische Transformation und Umstrukturierung, vor der wir stehen. Die Geschichte wiederholt sich nie, aber sie enthält natürlich wichtige Lehren.

Die zentrale Frage nach dem Alleinstellungsmerkmal – wie ist es zu erreichen? – möchte ich so beantworten: Erstens, über einen gewissen Schwerpunkt auf dem Ökonomischen und zum Zweiten, über einen Schwerpunkt auf Mittel- und Osteuropa in Kombination mit der Erforschung der deutschen Transformation. Da widerspreche ich ein wenig einigen Punkten, die vorher gesetzt wurden. Zunächst zum ökonomischen Schwerpunkt: Der Aufbau Ost ist meines Erachtens im Wesentlichen erfolgreich gewesen, aber mit tiefen menschlichen Wunden und Narben verbunden, insbesondere mit Blick auf die Tätigkeit der Treuhandanstalt. Da gibt es viele Mythen, viel Halbwissen, auch viele Fehlurteile. Man muss die Treuhandanstalt in ihrer Zeit untersuchen, das ist ein großes Forschungsfeld, auch mit Blick auf die Funktionsweise einer sozialen Marktwirtschaft unter den Bedingungen radikaler Transformation. Was sich damals abgespielt hat, ist für mich bis heute höchst relevant. Es ist übrigens auch wichtig für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft in Krisenzeiten.

Zum Zweiten glaube ich, dass die ostdeutschen, die mittel- und osteuropäischen Erfahrungen in vielerlei Hinsicht zusammengeführt werden müssen. – Timothy Garton Ash hat einmal gesagt, in Polen dauerte es zehn Jahre, in Ungarn zehn Monate, in der DDR zehn Wochen und in der damals noch existierenden CSSR zehn Tage. – Nach 1990 gab es auch unterschiedliche Geschwindigkeiten der Transformation, unterschiedlicher Pfade, wobei es in Ostdeutschland am radikal schnellsten ging. Das muss verglichen und wissenschaftlich aufgearbeitet werden, übrigens nicht nur mit deutschen Forschern, sondern mit internationalen Forschern, vor allem Leuten aus Mittel- und Osteuropa. Also, diese Zusammenführung Deutschlands mit Mittel- und Osteuropa ist meines Erachtens von absolut zentraler Bedeutung.

Meine Damen und Herren, damit möchte ich schließen, um Frau Abg. Budde den Beleg zu bringen, dass ich mich tatsächlich an die Zeit halten kann in guter Erinnerung an unsere gemeinsame Tätigkeit im Landtag Sachsen-Anhalts und natürlich an die Kontroversen, die wir immer hatten. Herzlichen Dank.



Vorsitzende: Vielen Dank. Streit ist der Antrieb der Gesellschaft. Wenn man sich nicht streitet und nicht diskutiert, kommt man nicht voran. Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Paqué.

Vielen Dank, Herr Staatsminister, und an alle Sachverständigen. Sie kommen im Rahmen der Fragen wieder zu Wort. Ich nenne noch einmal die Reihenfolge: CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD, FDP, DIE LINKE. und die SPD zum Schluss. Ich frage die Fraktionen, wollen Sie die Zeit aufteilen? Ich muss nicht irgendwann stoppen, sondern wir machen eine Fraktionsrunde, wie wir es in der letzten Anhörung geübt haben? Die Fraktion der CDU/CSU gibt den Takt vor. Dann starten jetzt Ihre 18 Minuten, Frau Abg. Dr. Schenderlein, bitte schön.

Abg. Dr. Christiane Schenderlein (CDU/CSU): Ganz lieben Dank, Frau Vorsitzende. Und vielen Dank für die Ausführungen. Wir als Union finden es sehr gut und sachgerecht, dass wir heute hier diskutieren und das Zukunftszentrum für Deutsche Einheit als parteiübergreifendes Anliegen verstehen. Es ist zudem wichtig, dass es eine breite öffentliche Rückendeckung diesbezüglich gibt. Deshalb ist diese Anhörung der Beginn einer Debatte, in der auch kritische Stimmen gehört werden sollten. Wichtig ist, dass wir das Ziel, sich stärker mit den Transformationserfahrungen auseinanderzusetzen und darüber eine Verbindung und mehr Verständnis zu schaffen, uneingeschränkt teilen. Über die ganz konkrete Ausgestaltung, insbesondere die Fragen der Struktur, Finanzierung und inhaltlichen Schwerpunktsetzung, sollten wir uns intensiv austauschen. Von daher ist die Anhörung heute ein ganz wichtiger Schritt. Die Reform- und Umwandlungsprozesse in den anderen Ostblockstaaten sind stärker zu betrachten, es darf deshalb nicht nur eine ostdeutsche Sichtweise geben.

Als Wertung möchte ich abschließend hinzufügen, dass es für uns entscheidend ist, dass die notwendige Bewältigung des Umbruchs in Ostdeutschland nicht eine Folge der deutschen Einheit ist, sondern vor allem eine Folge aus 40 Jahren SED-Diktatur und Misswirtschaft.

Damit kann ich überleiten zu unseren Fragen, zunächst gerichtet an Herrn Dr. Kowalczuk: Den Aufruf für ein Europäisches Freiheits- und Zukunftszentrum, den Sie mit initiiert haben, haben einschlägige Namen aus der Aufarbeitungslandschaft unterzeichnet. Sehen Sie Ihre Forderungen, die Sie dort aufgeschrieben haben, jetzt berücksichtigt? Wie kann es am besten gelingen, dass das Zentrum eben nicht nur eine rein ostdeutsche, sondern eine europäische Perspektive vermittelt? Mit diesen zwei Fragen würde ich starten, Herr Dr. Kowalczuk.

Vorsitzende: Bitte schön, Herr Dr. Kowalczuk.

SV Dr. Ilko-Sascha Kowalczuk (Historiker): Vielen Dank.

Nach Ausweitung des russischen Krieges in der Ukraine haben wir gesagt, das Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation muss von Anfang an eine strikt europäische, insbesondere osteuropäische, ostmitteleuropäische Ausweitung erfahren, so wie die Regierungskommission ihren Auftrag verstanden hat: In der Vielheit liegt die Einheit. Wenn das für Deutschland gilt, dann gilt das auch für Europa. Ich glaube, das Zukunftszentrum wäre gut beraten, seine Arbeit nicht nur inhaltlich von vornherein auf diese internationalen Pfeiler zu setzen, die ich versuchte zu skizzieren, sondern auch seine Gremien und sein Personal entsprechend zu bestücken, damit es dort nicht zu einer deutsch-deutschen Nabelschau kommt, sondern von Anfang an eine internationale Perspektive eingebracht wird. Diese Perspektive bekommt man förmlich automatisch, wenn man das Personal und die verschiedenen Gremien, die dort ange-dacht sind, international bestückt.

Außerdem wäre es ein außerordentlich wichtiger symbolischer Punkt, wenn dieses Zentrum an einem 23. August eines Jahres eröffnet werden würde, also am europäischen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus und des Kommunismus.



Abg. **Dr. Christiane Schenderlein** (CDU/CSU): Über welche zivilgesellschaftlichen Akteure in Ost- und Mitteleuropa kann dieser Prozess gelingen? Sie haben ihn angesprochen und gesagt, der Ukraine-Krieg spielt eine Rolle. Vielleicht können Sie noch einmal auf den Zusammenhang zwischen dem Zukunftszentrum und den aktuellen Entwicklungen eingehen. Spielen diese Entwicklungen bei der inhaltlichen Konzeption eine Rolle?

SV **Dr. Ilko-Sascha Kowalczyk** (Historiker): Ich hoffe, dass sie eine Rolle spielen. Wir haben ja seit dem 24. Februar 2022 zwei Dinge erleben können: Erstens, dass in Deutschland ein krasses Missverständnis und krasses Unwissen über die Geschichte Osteuropas und die Geschichte der Sowjetunion herrscht. Und zweitens, dass ein Großteil der bundesdeutschen Politik dieses krasse Missverständnis gewissermaßen fortgesetzt in Politik umgesetzt hat. Genau hier sollte das Zentrum ansetzen. Ich hatte vorhin schon gesagt, das Zentrum sollte nicht staatliches Tun in den Mittelpunkt stellen, so ist weder die Transformationsgeschichte noch die Kommunismusgeschichte zu verstehen, sondern sollte sich nicht zuletzt auf zivilgesellschaftliche Kräfte konzentrieren. Sie wissen alle, wer aktuell den Friedensnobelpreis bekommt. Das ist ein ganz wichtiges Zeichen.

Bedenken muss man außerdem, wenn wir nach Russland schauen und über Russland reden – gewissermaßen der Elefant im Raum –, reden wir über andere Konstruktionen als wir aus unserem westlichen Denken kennen. Dort gibt es die Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft nicht. Es ist die große Leistung, die in den letzten 20 Jahren in der Ukraine vollbracht worden ist, eine starke Zivilgesellschaft zu etablieren gegen Russlands große Widerstände. Wenn Sie ins Baltikum und nach Polen schauen, dann begreifen Sie die Geschichten nicht, ohne auf die Zivilgesellschaft und deren Entwicklung zu schauen. Nur diese Prozesse haben ermöglicht, was dort in den letzten 20, 30 Jahren geschehen ist. Ich glaube, für diese Geschichte wäre das Zukunftszentrum ein geeigneter Anker, alles zu bündeln.

Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Abg. Magwas, bitte.

Abg. **Yvonne Magwas** (CDU/CSU): Vielen Dank. Herr Dr. Kowalczyk, auch ich hätte eine Frage an Sie. Vor der Einheit kam die Freiheit, das hat Joachim Gauck einmal gesagt. Mich würde deziert interessieren, welche Rolle die friedliche Revolution im Zukunftszentrum spielen sollte. Sie hatten vorhin schon kurz Ausführungen dazu gemacht, aber vielleicht können Sie diese noch etwas intensivieren. Es ist eine zentrale Frage, womöglich auch hinsichtlich einer Standortauswahl.

SV **Dr. Ilko-Sascha Kowalczyk** (Historiker): Ich weiß nicht, ob das ein zentrales Kriterium für die Standortauswahl sein sollte, aber wenn wir uns anschauen, was sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten insbesondere auf ostdeutschen Straßen ereignet, was sich im ostdeutschen Diskursraum abspielt, dann muss man immer wieder darauf schauen, dass sich die Freiheitsrevolution von 1989 gegen eine harte, brutale Diktatur gestellt hat. Deswegen habe ich vorhin gesagt, es muss darum gehen, in so einem Zentrum positive Akzente zu setzen. Das Zentrum muss ein Intensitätsanker werden, der sagt, wofür unsere Revolution stand. Was ist wie erreicht worden, wo gibt es noch Reserven? Der Dreh- und Angelpunkt der europäischen Geschichte sind die Freiheitsrevolution von 1989 und die Befreiung der Sowjetunion 1991. Insofern glaube ich, muss das immer der Ausgangspunkt der gegenwärtigen Reflexion über die Zukunft sein.

Diese Revolution ist wiederum nur zu verstehen und zu erklären, wenn man fragt: Warum gab es diese Revolution? Warum gab es viele Kräfte, die sich an dieser Revolution nicht beteiligten? Auch das gehört zu jedem Revolutionsgeschehen, dass wir immer nur über Minderheiten reden. Was machte das eigentlich mit der Mehrheit, mit denjenigen, die gegen die Revolution waren, und mit denjenigen, die sich erst in dem Moment für die Revolution entschieden haben, als die Revolution gewonnen hat? Hier ist, mit anderen Worten kurz zusammengefasst, die Politik gefordert, ihre bisherigen Sonntagsreden zu hinterfragen und zu



differenzieren.

Abg. **Yvonne Magwas** (CDU/CSU): Vielen Dank. Dann habe ich eine Frage an Frau Dr. Enders. Sie hatten angesprochen, es sollte verstärkt der Dialog mit der Jugend gesucht und gestärkt werden. Können Sie diesen Punkt noch ein bisschen vertiefen und vielleicht Beispiele oder Formate nennen, die Sie dazu im Kopf haben?

SV Dr. Judith C. Enders (Politikwissenschaftlerin): Sicherlich müssen wir die Geschichte vor der friedlichen Revolution betrachten und den Übergang in die Transformationsgeschichte danach. Aber hier ergibt sich auch eine Gelegenheit, Schlussfolgerungen aus dem zu ziehen, was wir in diesem Zukunftszentrum betrachten. Ich würde unterstreichen, dass dieser wissenschaftliche Bereich wirklich wichtig ist und in den letzten 30 Jahren nicht durch interdisziplinäres Zusammenarbeiten verschiedener Forschungsinstitutionen abgedeckt wurde. Die Forschungslandschaft ist eher zerfleddert. Welche Bündelung kann präsentiert werden in diesem Bürger/-innen-Dialogzentrum, in diesem kulturellen Zentrum für Menschen, die diese Geschichte nicht miterlebt haben und denen deswegen die emotionale Bindung an das Thema fehlt? Diese Menschen sollen die Ereignisse neu erleben können, sowohl die wissenschaftlichen Bestandteile als auch die künstlerische Interpretation und die Dialogformate. Wir haben in der Kommission verschiedene Formate entwickelt, die wir wegen der Coronapandemie nicht ausprobieren konnten. Es ist bestimmt viel Fantasie gefragt.

Ich würde unbedingt unterstreichen, dass im Zukunftszentrum diese drei Teile (Wissenschaft, Kultur, Dialog) integrativ, interdisziplinär und international konzipiert werden müssen, damit Synergieeffekte auftreten. Das Zukunftszentrum darf nicht das Bundesamt für Transformation werden, in dem Beamte darüber nachdenken, wie man die Jugend aktiviert. Die drei Dimensionen, Wissenschaft, Kultur und Dialog, müssen zusammen gedacht werden. Das erfordert Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die, wenn es geht, nicht prekär beschäftigt sein sollten, sondern eine Perspektive für sich selber darin sehen, Leuten die

Möglichkeit zu geben, wenn sie schon einmal vor Ort sind und sich aufgemacht haben, dort hinzufahren, selber zu denken und dies in die Arbeit des Transformationszentrums einzubringen. Es hört sich ein bisschen blumig an, aber ich meine es wirklich ernst: Es geht um die emotionale Dimension und das Vor-Ort-Sein der Bürgerinnen und Bürger, darum, dass alle dorthin fahren dürfen, die sich dafür interessieren – natürlich auch Wissenschaftler/-innen und Abgeordnete.

Denjenigen, die sich für die Wissenschaft interessieren, empfehle ich ein Buch. Wir haben uns die Mühe gemacht, Herr Kowalczyk, Herr Kollmorgen und ich, die Top-Wissenschaftler in Deutschland dazu zu bringen, in diesem Band, den die Kommission herausgegeben hat, den wissenschaftlichen Stand der Dinge zusammenzufassen. Den Band „Deutschland ist eines: vieles. Bilanz und Perspektiven von Transformation und Vereinigung“ kann jeder, können Bürger und Abgeordnete, frei beim Campus Verlag herunterladen. Das hat der Steuerzahler ermöglicht für alle, die ganz genau wissen wollen, welche Themen debattiert werden müssen. Die jungen Menschen müssen natürlich nicht alle Kapitel lesen, vielleicht reicht eins, sonst ist das mit ihrem Instagram-Account nicht zu vereinbaren. Über das Buch lässt sich wirklich eine breite Herangehensweise an das Thema finden, die nicht hölzern, trocken und staubig daherkommt, sondern mit Verve. Im Zukunftszentrum braucht es Menschen, die an diesem Ort interdisziplinär zusammenarbeiten, wenn es geht auch international, das bringt meistens Schwung ins Haus.

Abg. **Dr. Christiane Schenderlein** (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich habe noch eine Frage an Frau Prof. Dr. Neuss zur Forschungslandschaft und wie sie aktuell aussieht. Wir hielten es zumindest für schwierig, wenn sich eine Forschungseinrichtung entwickelte, die zu Lasten der universitären Forschung gehen würde oder zu Lasten der Forschungsverbände. Könnten Sie die Bedeutung und Defizite dieser Forschung kurz erläutern? Welche Möglichkeiten gäbe es aus Ihrer Perspektive hin zu einer Zusammenarbeit mit dem Zukunftszentrum und zu einem Wissenstransfer.



SV Prof. Dr. Beate Neuss (Politikwissenschaftlerin): Danke schön.

Zu Ihrer Frage: Mir sind spontan ungefähr zehn Professoren plus ihrem wissenschaftlichen Nachwuchs eingefallen, die zum Thema Transformation, Ostdeutschland, ostdeutsche Transformation forschen. Dazu gibt es dann die zum Teil international arbeitenden Institute wie das Europeaninstitut, das Zentrum für Osteuropa und internationale Studien etc. Ich stelle mir eher vor, dass es einen sehr engen Verbund gibt zwischen dem Wissenschaftszentrum im Zukunftszentrum, das etabliert werden soll, und den Universitäten, die möglicherweise auch noch in Forschungsverbänden arbeiten. Das Wissenschaftszentrum Berlin könnte dazugehören. Im Papier steht der Begriff „Knotenpunkt“. Ich sehe die Aufgabe eher darin, einen Knotenpunkt, eine Drehscheibe zu etablieren, wo vermittelt wird, wo Kontakte hergestellt werden zu Forschungsinstituten, wo Forschungsfragen angeregt werden, wo Dissertationen angeregt werden, Fellowships etc. Es sollte Verknüpfung stattfinden und sich ein Netzwerk bilden, das unter dem Etikett „Zukunftszentrum“ firmiert, aber immer die jeweilige Forschungseinrichtung mit einschließt. Das scheint mir sehr viel sinnvoller, als parallel zur bestehenden Forschungslandschaft etwas Neues aufzubauen.

Vor allem wäre diese Konstruktion flexibler. Es werden immer wieder neue Fragen auftauchen. Insbesondere wenn man an Transformation in die Zukunft denkt, an Transformation eines Tages in Russland, auf jeden Fall aber in Mittelosteuropa, dann kann man bei einem Zentrum, das im Wesentlichen verknüpft, immer wieder neue Personen hinzuziehen für ein Forschungsprojekt für eine gewisse Dauer und ist nicht festgelegt mit festangestelltem Personal, wie wir es von anderen Forschungsverbänden oder Universitäten kennen.

Abg. Dr. Christiane Schenderlein (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich habe hier abschließend noch eine Frage an Staatsminister Schneider zum Thema Personalbedarf. Können Sie dies schon einschätzen? Es steht die Zahl von 180 Planstellen im Raum. Sehen Sie nicht die Gefahr von Doppelstrukturen, gerade beim Dialogzentrum, wo man

viel stärker auf dritte Einrichtungen zurückgreifen könnte?

Staatsminister **Carsten Schneider** (Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland): Frau Abg. Dr. Schenderlein, vielen Dank für die Fragen. Wir gehen bisher von 150 bis 180 Stellen im Endausbau aus. Wir werden langsam anfangen. Es dauert in den öffentlichen Bereichen in Deutschland sowieso alles seine Zeit. Aber wir wissen auch, dass der Weg beim Gehen entsteht. Ich bin sehr dafür, dass wir Kooperationen mit bestehenden wissenschaftlichen Einrichtungen, vor allen Dingen mit Universitäten, nutzen. Die Universitäten, die wesentlich von den Ländern finanziert sind, brauchen im Zweifel die Kooperation über Drittmittel und wir haben dort schon exzellente Fakultäten. Ich denke an meine Heimat, zum Beispiel an die Fakultät in Jena, die schon lange im Themenfeld SED-Diktatur etc. gearbeitet hat.

Von daher sehe ich einen Teil der wissenschaftlichen Arbeit in den Kooperationen, aber auch einen Teil bei festangestelltem Personal, das, Frau Dr. Enders, sicherlich nicht in prekären Beschäftigungsverhältnissen, dazu ist der Bund nicht bereit, aber auch wechselnd beschäftigt wird. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir immer wieder neue Impulse haben. So würde ich das im Aufbau strukturieren: Es gibt einen gemächlich aufgebauten Verwaltungsstamm. Ich will aber auch nicht, dass wir erst 2028 anfangen, sondern ich will schon vorher Sichtbarkeit, Orte und Debatten schaffen. Auch über die Art und Form der Anhörung heute hier und über die Beiträge der Sachverständigen kommen zusätzliche Ideen, die dieses Zentrum prägen werden. Es gibt noch nicht das fertige, hundertprozentige Modell, sondern wir sind mittendrin. Ich sehe das hier heute als Gewinn. Sie entscheiden ja im Endeffekt durch die Etatisierung im Bundestag darüber. Ich sage Ihnen ganz klar, dass ich alles nur eng mit dem Parlament abgestimmt machen werde, weil ich weiß, dass es ein überparteiliches Parlamentsprojekt ist.

Vorsitzende: Vielen Dank. Wir kommen zum zweiten Block, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Abg. Dr. Piechotta, bitte schön.



Abg. **Dr. Petra Piechotta** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen herzlichen Dank, Frau Vorsitzende, vielen herzlichen Dank für die Gastfreundschaft hier im Ausschuss, bei dem ich heute zu Gast sein darf.

Wir leben auch jetzt in Zeiten europäischer Transformationen. Wir sehen jeden Tag, wie schwer uns die Verständigung über diese aktuelle Transformation fällt, weil wir die letzten noch nicht aufgearbeitet haben. Deswegen sind wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf jeden Fall an Carsten Schneiders Seite, wenn er sagt, dass wir mit diesem Zentrum, das diese vielen Leerstellen füllen soll, nicht bis 2028 in seiner Arbeit warten können. Es ist aber so, das hat der Bericht des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland gezeigt, dass das Vertrauen in staatliche Institutionen in Ostdeutschland – inzwischen auch in Westdeutschland – immer geringer wird. Auch das Zukunftszentrum wäre eine staatliche Einrichtung. Deshalb stellt sich jetzt natürlich die Frage, wenn es diese große, gesellschaftliche Reichweite haben soll in Ostdeutschland, in Westdeutschland und in Europa, was man beachten muss im Bewerbungsverfahren, im Auswahlprozess und im Aufbauprozess der Arbeit, um eine möglichst hohe gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen, obwohl es sich um eine staatliche Einrichtung handelt, um zu gewährleisten, dass eben auch die schwierigen Zielgruppen erreicht werden. Das wäre meine erste Frage, gerichtet an Frau Dr. Enders und Frau Prof. Dr. Neuss. Frau Prof. Dr. Neuss hatte das westdeutsche Verbindungsbüro angesprochen. Ich glaube, so ein Büro ist nicht Teil der Planung, aber was ist denn aus Ihrer Sicht notwendig, um auch die westdeutsche Bevölkerung zu erreichen?

SV Dr. Judith C. Enders

(Politikwissenschaftlerin): Es geht darum, eine gewisse Dynamik zu erhalten, in dem, was an Ideen und Arbeitsweisen in einem Zukunftszentrum entstehen kann. Herr Schneider hat es angedeutet, so etwas entwickelt sich natürlich in einem Prozess. Man kann schlecht von heute aus planen, wie man in 19 Jahren über ein Ereignis

redet, das vor 40 Jahren stattgefunden hat. Mir ist sehr wichtig, dass die Dynamik zwischen den drei einzeln aufgelisteten Teilen des Zentrums unbedingt erhalten bleibt und sich in der Struktur der Stellenausschreibung widerspiegelt. Man braucht große Interdisziplinarität und gleichzeitig Menschen, die dafür verantwortlich sind, die Kommunikation zwischen den einzelnen Teilen zu erhalten. Gebraucht werden also Leute, die nach innen die Kommunikation organisieren und gleichzeitig immer die Kommunikation nach außen mitdenken. Hier denke ich an die Besucherinnen und Besucher. Diese Besucher/-innen müssen nicht nur konsumtiv ausgerichtete Bürger/-innen sein, die einen Wochenendausflug machen. Diese Gruppe soll schon auch angesprochen werden, aber gleichzeitig auch wissenschaftlich Interessierte, kulturell Interessierte und Menschen, die einfach etwas anderes erleben wollen.

Ein Einstellungsmerkmal sollte auf die Jugend abzielen, die – wie man gern sagt – mit modernen Medien arbeitet. Ich meine wirklich moderne Kommunikationskonzepte. Gebraucht werden Kommunikationsexpertinnen und -experten, die dazu da sind, gemeinsam mit den Konsumentinnen und Konsumenten, den Besucherinnen und Besuchern, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern diesen Entwicklungsprozess zu gestalten und als inhaltliche Arbeit dieses Zentrums zu sehen. Diese Sichtweise fällt manchmal vielleicht schwer, weil man Besucher/-innen gern nur als Empfänger/-innen von einer wohlgemeinten, schönen Veranstaltung sieht. Hier sollen sie aber gleichzeitig als Teilnehmende aufgefasst werden, die ihre Geschichten mitbringen. Wir wissen inzwischen, dass das Erzählen von Geschichten in Ostdeutschland wichtig geworden ist, auch um die Ressentiments gegenüber der Politik zu überwinden und das Gefühl zu vermitteln, Demokratie funktioniert dadurch, dass alle irgendwie mitmachen, und sei es, indem sie erst einmal nur ihre Geschichte erzählen, um sich später vielleicht zu engagieren und sich dann sogar selber wählen zu lassen.

Es geht also darum, einen Blick darauf zu haben, dass dieses Zentrum eben nicht nur eine schöne bunte Kulturveranstaltung ist, sondern eine



Veranstaltung, die zu kultureller und politischer Aneignung anregt. Dieser Anspruch muss schon im Design des Gebäudes sichtbar werden, man muss den Architekten sagen, dass das wichtig ist. Es hängt sehr vom Gebäude ab, ob Menschen sich eingeladen fühlen, mitzumachen und denken, das ist jetzt mein Ort, das ist meine Ecke und ich darf auch noch einmal wiederkommen und etwas dazu sagen, was ich vorher vergessen hatte. Gleichzeitig muss dieser Anspruch in der Struktur dessen, wie intern und nach außen kommuniziert wird, abgebildet werden. Das alles hängt nicht unbedingt vom Standort ab, darauf würde ich mich nicht fixieren. Vielmehr ist das Konzept entscheidend. Nötig ist eine Offenheit, dass dieses Zentrum sich mit den Eindrücken weiterentwickeln kann, die es gewinnt durch die, die sich dafür interessieren. Es soll gerade nicht ein 10- oder 20-Jahres-Programm aufgestellt werden, wie wir in Zukunft Transformation begreifen.

Eine letzte Sache: Sollten Transformationsaufgaben globaler Art, meinetwegen Klimawandel, meinetwegen eine hoffentlich nicht kommende weitere Naturkatastrophe, eine Pandemie oder eine Wirtschaftskrise auf uns zukommen, sollte dieses Zentrum mit seiner Expertise für Transformation reagieren können. Das ist eine sexy Aufgabe, die auch international Interesse hervorruft, wenn wir sagen, wir positionieren uns mit unseren Transformationsforschungserfahrungen, unseren kulturellen und unseren Dialogerfahrungen, um zukünftige Krisen anders anzuschauen und einen Beitrag dazu zu leisten, sie konstruktiv zu lösen und damit die Demokratie zu fördern.

Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Prof. Dr. Neuss, bitte.

SV Prof. Dr. Beate Neuss (Politikwissenschaftlerin): Das Zentrum sollte nicht statisch sein, statisch im Sinne von ortsgebunden, ohne sich in andere Bundesländer zu bewegen. Ich halte es für eine falsche Einstellung zu glauben, dass es einen Massentourismus in dieses Zentrum geben wird, wo immer es auch steht. Auch dass alle Schulklassen dort auflaufen, glaube ich nicht. Infolgedessen halte ich es für sinnvoll, wenn das Zentrum seine Arbeit, seine Ausstellungen, seine

Dialoge in den Westen bringt, in die Schulen, in die Universitäten, in die Volkshochschulen.

Das könnte aus einem kleinen Büro im Westen organisiert werden, sodass auch die Westdeutschen tatsächlich damit erreicht werden, ohne dass sie sich nach Halle oder Frankfurt/Oder begeben müssen, was sie nicht extra deswegen tun werden. Das wäre aus meiner Sicht ein ganz wesentliches Element.

Dass man die entsprechenden Präsentationen museumsdidaktisch hochmodern aufarbeiten muss, versteht sich von selbst. Aber ich glaube, es reicht nicht, sie nur über das Internet am Zentrum abrufen zu können, sondern man sollte vor Ort im Westen auftreten. Im Osten selbstverständlich auch, aber es geht in dem Fall um die alten Bundesländer.

Abg. Dr. Petra Piechotta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen herzlichen Dank, ich würde mir noch erlauben, zwei Fragen anzuschließen. Auch Herr Prof. Dr. Paqué hatte schon angedeutet, dass es Teilaspekte der Transformationen der letzten 40+ Jahre gab, die sehr stark diskutiert werden, Beispiel Treuhand, und es wiederum andere Prozesse gibt, zum Beispiel den Vergleich der ostdeutschen Transformation der Wirtschaft in den 1990er-Jahren versus der in anderen postsowjetischen Nachbarländern, die sehr unterbeleuchtet sind. Weil die Debattenlagen so sind, läuft ein Zentrum Gefahr, wieder nur Schlaglichter zu setzen und nicht den Forschungsstand und die gesellschaftlichen Debatten, die uns fehlen, aufzufüllen. Wie können wir erreichen, dass wir die Fragen der osteuropäischen Transformationen der letzten 40+ Jahre endlich in ihrer Breite aufgearbeitet und in die Gesellschaften kommuniziert bekommen? Welche gesellschaftlichen Akteure sind in der Breite notwendig?

Ich möchte hier mit Blick in den Saal und auf die Anwesenden betonen: Ein Zukunftszentrum gibt es nur mit jüngeren Generationen. Ich würde mir auch erlauben zu sagen, dass im bisherigen Prozess die jüngeren Generationen zu wenig eingebunden waren. Wenn man zum Beispiel mit „Wir sind der Osten“ spricht, erfährt man, dass die



Initiative in die bisherigen Prozesse nicht groß eingebunden war.

Diese Frage richtet sich an Frau Dr. Enders: Welche Vertreterinnen der jüngeren Generation sollten beispielhaft in den weiteren Prozess eingebunden werden, die bislang noch nicht eingebunden waren?

Die erste Frage geht an Herrn Prof. Dr. Paqué und dann an Herrn Dr. Kowalczyk, falls wir genügend Zeit haben. Vielen Dank.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué (Friedrich-Naumann-Stiftung): Ich habe das Schwergewicht auf die Wissenschaft gelegt und würde dabei auch bleiben. Wir haben einen riesigen Forschungsrückstau gerade im Hinblick auf die vergleichende Analyse der Erfahrungen Ostdeutschlands und Mittel- und Osteuropas. Wir beobachten, dass wir in vielerlei Hinsicht, was die Spaltungstendenzen der Gesellschaft heute betrifft, sehr viele Parallelen sehen zwischen Ostdeutschland und Mittel- und Osteuropa. Alles ist ein bisschen unterschiedlich ausgeprägt, aber das Problem ist überall das Gleiche. Dieser Stau muss aufgearbeitet werden mit Wissenschaftlern. Wenn man eine vernünftige wissenschaftliche Basis hat, dann kann man natürlich im nächsten Schritt über Fragen der Kommunikation mit der Öffentlichkeit, der Verbreitung von Erkenntnissen und von Botschaften reden. Das wäre dann auch eine zentrale Aufgabe eines solchen Instituts, das natürlich mit jungen Leuten und in einer Sprache arbeiten müsste, die die jungen Leute verstehen, und mit einer Symbolik, die die jungen Leute verstehen.

SV Dr. Judith C. Enders (Politikwissenschaftlerin): Mir sind noch einige Akteure eingefallen. Sie hatten „Wir sind der Osten“ genannt. Das ist eigentlich eine Plattform, wo sich verschiedene Menschen zu Wort melden, die Ost- und West-Erfahrungen haben und gern eine Kommunikation herstellen wollen. Man kann sich das anschauen. Meine Organisation „Perspektive“ ist dort nicht vertreten. Die Menschen, die man in ihren Äußerungen interessant findet, kann man dann natürlich ansprechen. Es gibt außerdem die publizistische Seite, man kann die einschlägige

Literatur sichten.

Ich möchte auch auf die Generation eingehen, die ab 1989 geboren wurde. Ich war persönlich sehr berührt, dass diese Menschen in ihrer transgenerationalen Lernerfahrung noch dieses Konstrukt Ostdeutschland in sich tragen, sich damit beschäftigen wollen und sich damit freier beschäftigen können als meine Generation oder die davor. Mir fällt spontan dazu nur „Aufbruch Ost“ aus Leipzig ein. Es gibt aber Johannes Nichelmann und dessen Buch („Nachwendekinder“), in dem man das Umfeld recherchieren könnte.

Ich würde nicht nur das publizistische, sondern vor allem das initiative und zivilgesellschaftliche Umfeld anschauen und gleichzeitig schauen, ob es im Westen auch Leute gibt, die sich für den Osten interessieren. Es sind wahnsinnig viele Menschen aus meiner Generation in den Westen gegangen, die irgendwo abzuholen wären. Diese Menschen arbeiten irgendwo in Süddeutschland und gründen dort Familien. Bei ihnen wäre auf jeden Fall etwas zu holen. Gleichzeitig darf die europäische Perspektive, die internationale Perspektive nicht vergessen werden.

Mir fällt gerade „Transition Dialogue“ zu Osteuropa ein. Das ist ein Netzwerk, das wir unterstützt haben, das vergleichsweise junge Menschen zusammenführt, die den Transformationsprozess in ihren eigenen osteuropäischen Ländern kulturell, aber auch politisch begleiten. Bei „Transition Dialogue – Mapping a Generation in Transition“ kann man nachschauen.

Vorsitzende: Vielen Dank. Das war der Block für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, jetzt ist die AfD-Fraktion an der Reihe mit Herrn Abg. Dr. Jongen, bitte. Auch Sie haben zwölf Minuten.

Abg. Dr. Marc Jongen (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Liebe Sachverständige, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Auch wir befürworten im Prinzip dieses Zukunftszentrum, nur fänden wir



es sehr wichtig, dass die deutsche Einheit tatsächlich im Vordergrund steht und nicht die europäische Transformation, so wichtig ein internationaler Ausblick auch ist.

Frau Vorsitzende, es gab einen Zwischenstand, wo die europäische Transformation am Beginn des Titels stand. Ich glaube, das war zu dem Zeitpunkt so, als wir im Plenum über das Thema diskutiert haben. Wenn der Titel jetzt wieder umgedreht ist, dann nehmen wir das zufrieden zur Kenntnis.

Trotzdem spielt natürlich dieser Aspekt im Antrag eine sehr dominante Rolle und deswegen ist unsere Sorge noch nicht ganz ausgeräumt, dass der Kampf der mutigen Bürger der DDR für Freiheit und Einheit zu einer Art Hintergrundfolie zusammenschrumpft, um kommende Transformationen aktiv und erfolgreich zu gestalten, wie es heißt. In der Unterrichtung der Bundesregierung steht, dass Transformation, Themen wie Energie- und Klimawandel, digitale Transformation, Mobilitätswende, demografischer Wandel, Ängste und Unsicherheiten erzeugen. Insbesondere in Ostdeutschland herrsche die Wahrnehmung vor, dass die Transformation der Gesellschaft in Teilen fremdgesteuert sei.

Dieser Eindruck ist unseres Erachtens so falsch nicht und auch die Ängste und Unsicherheiten bestehen durchaus zu Recht. Wenn es so weiter geht, werden wir uns bald mit der Transformation Deutschlands in Richtung Deindustrialisierung beschäftigen müssen.

Ursachen sind eine Energiepolitik und eine Sanktionspolitik, die vor allem für Deutschland ruinös sind. Die Erfahrung der Deindustrialisierung haben im Übrigen viele Regionen Ostdeutschlands nach der deutschen Einheit bereits machen müssen. Die hilflosen Doppelwumms-Hilfspakete der Ampel heizen lediglich die Inflation weiter an, die Preise für Lebensmittel, Wohnen und Energie werden in Deutschland für etliche Mitbürger allmählich unbezahlbar. Hinzu kommt die nach wie vor unregulierte Masseneinwanderung direkt in die deutschen Sozialsysteme, die insbesondere im Osten auf

Unverständnis stößt. Deshalb ist es kein Wunder, dass das Vertrauen in die Demokratie stetig abnimmt. Was auf der EU-Ebene jetzt in der Konferenz zur Zukunft Europas diskutiert wird, läuft am Ende auf eine Fremdbestimmung Deutschlands durch wechselnde Koalitionen von EU-Staaten hinaus. Das wird die demokratische Mitbestimmung in Deutschland noch weiter einschränken, soviel ist sicher.

Vor diesem Hintergrund ist unsere Sorge, dass das Zukunftszentrum nicht so sehr das Vertrauen in die repräsentative Demokratie stärken wird, wie beabsichtigt, sondern dass von hier aus Rechtfertigungsdiskurse für den immer weiteren Abbau der Demokratie und für die Transferierung von Entscheidungen nach Brüssel inklusive der Finanz- und Steuerhoheit unter das Volk gebracht werden.

Vor diesem Hintergrund meine Fragen zunächst an Frau Angelika Barbe: Sie hatten schon Ihre Skepsis gegenüber allzu starkem Europafokus in diesem Zentrum zum Ausdruck gebracht. Meine Frage ist: Was wären aus Ihrer Sicht die Lehren der Umbruchjahre 1989/90 im Hinblick auf dieses Zukunftszentrum? Welche Lehren können für die Zukunft daraus gezogen werden, um jetzt kommende Transformationen aktiv und erfolgreich zu gestalten, wie die Bundesregierung es vorhat? Und dann möchte ich an Sie auch die Frage stellen, die die Kollegin aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorher an andere Sachverständige stellte, nämlich: Was kann man tun, um die Akzeptanz dieses Zukunftszentrums in der Bevölkerung – gerade auch im Osten – möglichst hoch zu gestalten?

Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Barbe, bitte.

SV Angelika Barbe: Danke schön. Meine Erwartungen an das Zukunftszentrum oder die Lehren, die man aus dem ziehen kann, was wir erlebt haben, sind, dass man, erstens, Geschichtslügen offenlegen und korrigieren muss. Ich denke zum Beispiel an das Geschichtsbuch für die Oberstufe, in dem der Mauerfall auf die 68er im Westen zurückgeführt wird. Wenn solche Lügen an unsere Kinder weitergegeben werden, Prost Mahlzeit, dann können wir das Zukunftszentrum



einstampfen. Es gibt bei uns in Deutschland keinen Lehrstuhl für Kommunismusgeschichte, aber es gibt an jeder Uni einen Lehrstuhl, und das ist auch richtig, für die Geschichte des Nationalsozialismus. Hier müssten wir uns an den Osteuropäern ein Beispiel nehmen, die sich im Gegensatz zu Deutschland mit der Kommunismusgeschichte sehr viel intensiver beschäftigen. Das ist meines Erachtens ein ganz großes Manko, die Bürger wissen oft überhaupt nichts darüber. Es geht auch darum, den 17. Juni richtig zu würdigen. Das war der erste Volksaufstand überhaupt in Osteuropa. Damit haben wir den Ungarn später 1956 und den Tschechen 1968 ein Beispiel gegeben. In der Ausstellung „Berlin global“ wird jetzt über den 17. Juni berichtet und behauptet, die DDR-Bürger hätten dagegen protestiert, obwohl das eine absolute Geschichtslüge der SED ist. In 700 Orten haben Hunderttausende demonstriert, und zwar aus allen Schichten der Bevölkerung. Dabei wurden 13.000 Bürger verhaftet. Diese Geschichtslügen müssen unbedingt aufgedeckt werden. Wenn Wissenschaft so etwas unterstützt, dann kann sie meiner Ansicht nach nur interessengeleitet sein, dann brauchen wir Wissenschaft nicht.

Der 9. November ist ohne den 9. Oktober überhaupt nicht denkbar. Ich habe gelesen, Sie wollen den 9. November zum großen Feiertag erheben. Nein, der 9. November war eine Folge des 9. Oktobers, der Erhebung der Ostdeutschen. Deshalb kann man den 9. November nicht zum Gedenktag machen. So etwas führt zu den Erfahrungen, die ich 2019, 2020 zum Tag der deutschen Einheit gemacht habe. Da wurde an alles Mögliche erinnert, an Gorbatschow usw. Aber die Bürger der DDR, die diese Revolution herbeigeführt haben, die kamen überhaupt nicht vor. Ich halte es für ein großes Problem, dass sie nur noch kurz in Sonntagsreden vorkommen.

Sie wissen gar nicht, was es hieß, in der DDR unter dieser Diktatur zu leben, dann aufzustehen, die Angst zu überwinden, Angst zu haben davor, dass den Kindern etwas passiert, dass sie einem die Kinder wegnehmen, und sich dann trotzdem nicht beirren zu lassen, sondern zu sagen: Nein! Dieses Regime muss abgeschüttelt werden. Also, ich halte es für ganz wichtig, diese Erinnerung hochzuhalten und den 9. Oktober zu würdigen

und meiner Ansicht nach auch den 17. Juni statt des 9. Novembers. Das halte ich für einen wesentlichen Unterschied.

Zweitens halte ich für ganz wichtig, die Opfer zu würdigen. Ich bin in verschiedenen Opfergruppierungen tätig, wir haben jahrelang darum gekämpft, dass die Opfer Entschädigungen erhalten. Die haben sie nicht bekommen. Aber die Täter wurden mit hohen Renten belohnt. Dazu hat dann der Präsident des Oberlandesgerichts Wassermann gesagt: „Die Westdeutschen verzeihen den ostdeutschen Tätern das, was sie ihnen nicht angetan haben.“ Etliche SED-Verfolgte sind bis heute nicht rehabilitiert. Verfolgte Schüler haben kein Urteil, also wurden sie auch nicht entschädigt. Die Zwangsausgesiedelten wurden nicht entschädigt. Es gibt noch immer kein Denkmal für die Opfer des Kommunismus/Sozialismus, es soll alles im Vergessen verschwinden nach dem Motto: Wenn es keine Opfer gibt, dann gibt es auch keine Täter. Das halte ich für ein ganz großes Manko. Das führte auch dazu, dass in der ehemaligen DDR eine große Demokratieverdrossenheit herrscht, weil man merkt, den wichtigen Politikern geht es nicht darum, diese Vergangenheit korrekt aufzuarbeiten, sondern es geht um Machtpolitik, sonst würden sie nicht mit den Antidemokraten der SED koalieren.

Es gibt ein wunderbares Wort von Norberto Bobbio, einem italienischen Philosophen. Der hat gesagt, es ist ganz normal, dass in einem demokratischen Land in demokratischen Wahlen mal die Linksgruppierungen und mal die Rechtsgruppierungen gewinnen und dann eine Zeit die Regierung führen. Aber es gibt eine Grenze, und die ist zu den Antidemokraten zu ziehen. Diese Antidemokraten müssen geächtet werden, darum geht es mir. Das habe ich im letzten Punkt, den ich vorhin genannt habe, angesprochen. Ich habe eine schriftliche Stellungnahme abgegeben, dort ist dieser Punkt ganz genau erläutert.

Diese Antidemokraten, die uns auch heute noch überall begegnen, haben in einem demokratischen Staat nichts in hohen repräsentativen Funktionen zu suchen.



Ich denke da zum Beispiel an Absolventen der Hochschule für Staat und Recht der DDR. Martina Weyrauch leitet die Landeszentrale für politische Bildung in Brandenburg, Petra Köpping ist jetzt Sozialministerin in Dresden/Sachsen. Das sind alles Leute, die in hohen Positionen nichts zu tun haben, das waren hohe SED-Nomenklaturkader. Frau Pau, daran kann ich mich sogar erinnern, war ein hoher FDJ-Kader und im Zentralkomitee der Freien Deutschen Jugend, war in der SED und hat damals zum Beispiel nicht nur befürwortet, sondern war verantwortlich für das Pioniermanöver „Schneeflocke“, das heißt, für Militarisierung in Schule und Kindergarten. Meine Kinder sollten Handgranatenattrappen auf den Klassenfeind werfen. All diese Dinge sind nicht bekannt, im Gegenteil. Diese Partei, diese Verbrecher und diese politisch persönlich Verantwortlichen werden auch noch hofiert und von den anderen demokratischen Parteien als demokratische Partei geadelt.

Abg. **Dr. Marc Jongen** (AfD): Frau Barbe, vielen Dank, ich glaube, die Botschaft ist sehr stark angekommen und wird von uns auch so unterstützt. Wenn Sie erlauben, würde ich jetzt noch eine Frage an Frau Dr. Enders stellen. Frau Dr. Enders, Sie waren Mitglied in der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“. In dem Abschlussbericht heißt es ein bisschen zu unserem Befremden, dass in Ostdeutschland der Rassismus und die Fremdenfeindlichkeit besonders stark seien und dass sich das zu gründende Zukunftszentrum der Frage nach den Bedingungen weltoffener und damit zukunftsfähiger Verhältnisse in Ostdeutschland mit besonderer Vordringlichkeit widmen soll. Deswegen meine Frage an Sie: Wo machen Sie diesen angeblichen Rassismus der Ostdeutschen fest? Woran machen sie ihn fest und was ist unter solchen Bedingungen, also unter weltoffenen, zukunftsfähigen Verhältnissen in Ostdeutschland, konkret zu verstehen?

Vorsitzende: Bitte.

SV **Dr. Judith C. Enders** (Politikwissenschaftlerin): Nach meiner Auffassung ist es so, dass sich in vielen Teilen der Gesellschaft Rassismus

äußert, aber insbesondere in Ostdeutschland tritt er immer mal wieder sehr populär zutage. Ich will damit nicht sagen, dass es in anderen Teilen der Gesellschaft keinen Rassismus gibt, aber offen rassistische Äußerungen wirken befremdlich und halten Menschen davon ab, in den Dialog zu treten. Es wäre wichtig zu verstehen, wie solche Rassismen zustande kommen und wie man den Menschen, die diese vertreten, klarmachen kann, dass es in einer demokratischen Gesellschaft schwierig ist, mithilfe von Rassismus Interessen durchsetzen zu wollen, sondern es darum geht, lieber demokratische Mittel und Möglichkeiten zu finden, seinen Interessen und Meinungen Gehör zu verschaffen. Dafür braucht man einen Ort, der Weltoffenheit ausstrahlt und diesen Menschen Gelegenheit gibt, ihre rassistischen Überlegungen zu überdenken.

Vorsitzende: Vielen Dank. Der nächste Block von zwölf Minuten gehört der FDP-Fraktion. Herr Abg. Hacker, bitte.

Abg. **Thomas Hacker** (FDP): Vielen Dank Frau Vorsitzende. Für die Freien Demokraten ist es immer schwierig, an dieser Stelle zu sprechen. Muss man kommentieren oder richtigstellen, was wir soeben gehört haben, oder konzentriert man sich besser auf die eigentlich wichtigen Dinge? Vielleicht nur eine kleine Anmerkung zu Frau Barbe: Es passt aus meiner Sicht nicht zusammen, von Antidemokraten zu sprechen und sich dann bei der Erasmus Stiftung zu engagieren und einzubringen.

(Zwischenruf)

Vorsitzende: Frau Barbe, wir haben Ihnen zugehört, jetzt ist Herr Abg. Hacker an der Reihe.

Abg. **Thomas Hacker** (FDP): Herr Schneider, Sie haben den Wunschkatalog angehört und haben aufgenommen, was das neu zu gründende Zentrum alles leisten soll und welche Schwerpunkte es setzen soll. Dabei müssen wir berücksichtigen, dass wir an ganz unterschiedlichen Stellen an der Erinnerung, an der Aufarbeitung, an der Zukunftsgestaltung arbeiten.



Ob es das Forum Opposition und Widerstand ist, das Freiheits- und Einheitsdenkmal, das voraussichtlich spätestens im nächsten Jahr tatsächlich fertig sein wird, das Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft, für das wir intensiv den Standort suchen und endgültig klären sollten, damit wir uns an die Gestaltung machen können. Es ist ein ganz großer Bereich, in dem wir uns derzeit engagieren. 30 Jahre danach kann man immer sagen, alles kommt viel zu spät, damit hätten wir schon viel früher anfangen müssen. Und es ist richtig, dass vieles vergessen wurde, zur Seite geschoben wurde, dass Opferrenten zu spät kamen, aber trotzdem gekommen sind und dass wir insgesamt in den letzten Jahren erheblich vorangekommen sind und die Grundlage für vieles gelegt haben, eben auch für unser Zukunftszentrum, über das wir jetzt reden.

Deutsche Einheit und europäische Transformation sind die beiden Eckpunkte, die im Namen Widerhall gefunden haben. Das ist heute übrigens nicht der Beginn der Diskussion, liebe Frau Abg. Dr. Schenderlein, sondern wir bauen auf die Arbeit einer Kommission auf und auf die Arbeit von vielen Kommunen, die sich Gedanken gemacht haben, wie sie die Idee umsetzen wollen. Wir wollen hier keine Standortsuche betreiben, sondern uns um die grundlegenden Erfordernisse kümmern, die wir diskutieren wollen.

Herr Prof. Dr. Paqué, deutsche Einheit, damit ist ganz Deutschland gemeint, Ost und West. Eine ganz konkrete Frage: Wie schaffen wir es, diesen gesamtdeutschen Blick in unserem Zukunftszentrum unterzubringen, den Blick in die Geschichte, aber natürlich auch den Blick nach vorn? Genauso zum Stichwort „europäische Transformation“, auch da ganz konkret, wie können wir unsere europäischen Nachbarn in die Zusammenarbeit einbinden? Gerade die Zusammenarbeit mit Ländern in Mittel- und Osteuropa muss intensiviert werden. Wegen des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine liegt es auf der Hand, dass wir uns noch viel stärker miteinander beschäftigen müssen und miteinander kooperieren müssen, um tatsächlich die Zukunft gemeinsam gestalten zu können.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué (Friedrich-Naumann-Stiftung): Zum gesamtdeutschen Blick vielleicht ein allgemeiner Satz vorneweg: Ich habe die deutsche Einheit nie als eine ostdeutsche Angelegenheit betrachtet. Ich selber bin ein Produkt der deutschen Einheit und habe in der zweiten Hälfte meiner beruflichen Laufbahn in Ostdeutschland Wurzeln geschlagen. Der gesamtdeutsche Blick ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Die Transformation, über die wir reden, ist in mehreren Dimensionen erfolgt: Aufbau Ost, eine gemeinsame Finanzierung der deutschen Einheit, damals, in der früheren Phase, auch eine Unterstützung der Beamtenschaft in bestimmten Ländern im Rahmen von Partnerschaften. Ich habe das selber als Finanzminister in Sachsen-Anhalt erlebt, und das war ein sehr positives Erlebnis. Ich weigere mich ein wenig, die Sichtweise anzunehmen, dass wir jetzt erst auf dem Weg zu einer gesamtdeutschen Perspektive sind. Nein, es ist ein gesamtdeutsches Phänomen.

Es ist völlig richtig, dass viele Westdeutsche ein bisschen Nachhilfeunterricht bräuchten, was die Erfahrungen der ostdeutschen Transformation betrifft, ganz konkret der Verlust des Arbeitsplatzes, der Verlust des Stolzes auf langjährige Leistung, weil im Rahmen der Umstrukturierung viele Arbeitsplätze weggefallen sind, Unternehmen pleitegingen usw. Natürlich hat das Zukunftszentrum hier eine wesentliche kommunikative Funktion. Aber es sollte von vornherein klar sein, dass das Zentrum gesamtdeutsch angelegt ist, es sollte keine Spur davon geben, dass Aufbau Ost und deutsche Einheit eine rein ostdeutsche Angelegenheit sein könnten. Wie man das umsetzt, sowohl in der wissenschaftlichen Projektarbeit als auch im Dialogbereich und auch im kulturellen Bereich, das ist meines Erachtens wirklich Sache entsprechender Didaktiker, auf der einen Seite Wissenschaft, auf der anderen Seite Museumsfachleute, Kommunikationsexperten, um eine junge Generation anzusprechen, die, wohlgemerkt, in Ost und West gleichermaßen mit globalen Fragen, mit Fragen der technologischen Veränderung und mit Fragen der Transformation konfrontiert ist. Diese Generation verbindet viel mehr, als wir manchmal glauben. Das ist jedenfalls meine Erfahrung als Universitätsprofessor. Insofern muss sich der gesamtdeutsche Blick wie ein roter Faden durchziehen.



Zum Stichwort „europäische Nachbarn“ könnte ich praktisch das Gleiche wiederholen. Ich bin sehr viel unterwegs in mittel- und osteuropäischen Ländern, auch als Chef der Friedrich-Naumann-Stiftung, und ich sehe, welche Spuren die Transformation hinterlassen hat. Wohlgermerkt, wenn ich von Transformation spreche, spreche ich auch immer von der Zeit vorher und davon, was die Generation vorher erlebt hat, was tradiert ist. Es gibt sehr viele Ähnlichkeiten mit dem, was wir in Ostdeutschland erleben, übrigens auch, was das Misstrauen gegenüber Institutionen betrifft. Dieses Misstrauen finden Sie in Polen genauso wie in Tschechien und in Rumänien noch schlimmer ausgeprägt. Ich könnte ein Beispiel an das andere fügen. Es gibt viel mehr Gemeinsames als Trennendes.

Es ist natürlich kein Zufall, dass das so ist, denn das Ende des Kommunismus ist eine weltgeschichtliche Erfahrung, anders kann man es nicht sagen. Das Ende der Unfreiheit, das in allen Ländern mehr oder weniger zum gleichen Zeitpunkt erfolgte, war eine Urerfahrung, deren Dimension und Bedeutung wir vielleicht erst jetzt richtig erfassen. Deswegen ist auch eine gewisse Historisierung ganz natürlich. Nach 30 Jahren kann man wie aus der Vogelperspektive ein Stück weit besser auf die Situation schauen als wenige Jahre danach, denn dann sind viele emotional noch viel stärker aufgewühlt.

Es gibt einen Satz von Sebastian Haffner, den ich gerne zitiere: „Eine Gesellschaft muss sich gesund schlafen.“ Es gibt einfach eine gewisse Zeit, in der man auf andere Fragen schaut, erst anschließend folgt das Bewusstsein. Wir kennen das aus der Erfahrung im Umgang mit dem Nationalsozialismus. Da hat es auch einige Generationen gedauert, bis die Beschäftigung erfolgte. Das muss alles berücksichtigt werden: Gesamtdeutscher Blick, gesamteuropäischer Blick und internationale Beteiligung gehören dazu. Es ist nicht schwer, die entsprechenden Leute zu motivieren, nach Deutschland zu kommen zu Konferenzen und zu anderen Events. Bei guter Fantasie der Leitung der Zukunftsstätte wird uns das ohne Weiteres gelingen.

Abg. **Thomas Hacker** (FDP): Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Paqué.

Herr Dr. Kowalczuk und Frau Dr. Enders, Wissenschaft und Vermittlung sind zwei Dinge, die unerlässlich sind und zusammengehören, aber oft schwierig zusammenzubringen sind. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie uns in Vorbereitung der Sitzung heute nicht das gemeinsame Buch haben zukommen lassen, sondern kurze Stellungnahmen. Jetzt bleibt für jeden nur eine gute Minute: Wie schaffen wir es, dass Wissenschaft so aufbereitet wird, dass sie jungen Menschen etwas mit auf den Weg für die Zukunft gibt? Wie schaffen wir es, dass dann tatsächlich auch zu vermitteln?

Vorsitzende: Ich würde Herrn Dr. Kowalczuk zuerst das Wort erteilen, er kam eben schon nicht mehr zu Wort. Bitte schön.

SV Dr. Ilko-Sascha Kowalczuk (Historiker): Ich will einen Punkt erwähnen, der jetzt schon mehrfach genannt wurde, der mir aber besonders wichtig erscheint, auch aus der Erfahrung der Aufarbeitung des Kommunismus, an der ich mich seit 1989/90 aktiv beteilige.

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur und des europäischen Kommunismus hat versäumt, einen Generationenwechsel herbeizuführen. Wir hören heute immer noch maßgeblich die gleichen Stimmen, die wir vor 30 Jahren gehört haben. Das kann man gut finden, aber man kann daraus auch den Schluss ziehen, dass eine Art Sterilität entstanden ist. Man kommt an die Nachgeborenen nicht mehr heran, man erreicht mit einer gleichen Ansprache wie vor 30 Jahren die nachgewachsenen Generationen praktisch nicht mehr. Man erreicht auch diejenigen nicht, die diese Geschichte in den Regionen, in denen sie lebten, nicht geteilt haben. Daher glaube ich, dass es wichtig ist, das Zentrum von Anfang an auf einen Generationenwechsel zu verpflichten.

Wir haben ab 2018 auch deshalb eine andere Debatte über die Transformationsgeschichte erlebt, weil nicht mehr die Macher-Generation die



Deutungshoheit über diese Prozesse hatte, sondern nachwachsende, jüngere Leute, Leute um die 40, Leute unter 40, Leute, die ganz andere Fragen gestellt haben, weil sie Fragen an ihre Eltern und an ihre Großeltern hatten. Diese Menschen haben ihre Fragen künstlerisch, publizistisch, wissenschaftlich neu formuliert und sind neu an diese Fragen herangegangen.

Deswegen ist ein Punkt für mich ganz wichtig. In allen Gremien, in allen Positionen dieses neuen Zentrums sollten jüngere Leute unbedingt stark beachtet werden und sollten sie stark vertreten sein. Das Zweite, was mir wichtig erscheint neben dem Generationswechsel, ist, dass sich das Zentrum von Anfang an auf seine Fahne schreiben sollte, zivilgesellschaftliche Organisation und Vereine in die eigene Arbeit einzubinden. Es entsteht eine staatliche Einrichtung, dennoch sollte das Europäische Solidarność-Zentrum in Danzig in einer gewissen Hinsicht Vorbild sein, denn dort gelingt genau diese Verknüpfung mit der städtischen Zivilgesellschaft und den zivilgesellschaftlichen Organisationen Polens. Das ist der zweite Punkt, der wichtig ist.

Der dritte Punkt ist unangenehmer. Hier wurde gefragt, warum der Rassismus in Ostdeutschland so ausgeprägt ist: weil der politische Arm des Rassismus in Ostdeutschland, die AfD, so stark ist. Das hat Gründe. Es wird dem Zentrum nicht zum Nachteil gereichen, wenn antidemokratische Kräfte von links und rechts, wenn die Linkspartei wie die AfD, in die Zentrumsarbeit eingebunden werden. Es nützt nichts, die Augen davor zu verschließen, was sich demokratiepraktisch in unserem Land und in Europa abspielt. Wir brauchen diesen Dialog, nicht mit allen, nicht mit den Radikalen, aber mit denjenigen, die sich offenbar aus unserem Demokratieverständnis verabschiedet haben. Ich glaube, das ist sehr wichtig und wird uns in die Lage versetzen, dieses Zentrum zu einem Dialogzentrum zu machen.

Vorsitzende: Vielen Dank. Wir sind jetzt schon über die Zeit. Ich nehme Herrn Abg. Hackers Frage einfach mit in meinen großen Block und werde Frau Dr. Enders später noch einmal bitten, dazu Stellung zu nehmen.

Weil ein Sachverständiger fehlt, haben wir ein bisschen Luft.

Die Fraktion DIE LINKE. hat jetzt zwölf Minuten, Herr Abg. Korte. Bitte.

Abg. **Jan Korte** (DIE LINKE.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich möchte kurz an Herrn Dr. Kowalczuk anknüpfen und in aller Schärfe zurückweisen, meine Partei mit den Rassisten der AfD gleichzusetzen. In meinem Wahlkreis liegen Bitterfeld, Bernburg und Köthen. Ich kann Ihnen sagen, wo sich junge Antifaschisten und junge Bündnisleute treffen, die gegen Rassisten auf die Straße gehen. Sie treffen sich nämlich in meinen Büros.

Zwischenruf

Vorsitzende: Vorsicht, Herr Abg. Dr. Jongen!

Abg. **Jan Korte** (DIE LINKE.): Sie sind nicht dran, Herr Abg. Dr. Jongen. Ich habe mir Ihr Zeug auch angehört.

Vorsitzende: Herr Abg. Korte, bitte sprechen Sie zum Zukunftszentrum.

Abg. **Jan Korte** (DIE LINKE.): Ich werde wohl auf einen Sachverständigen antworten dürfen.

Vorsitzende: Ja, zum Zukunftszentrum.

Abg. **Jan Korte** (DIE LINKE.): Diese Gleichsetzung will ich in aller Schärfe zurückweisen, insbesondere für die vielen jungen Mitglieder, die im wahrsten Sinne des Wortes, den Kopf hinhalten. Das ist das Allerletzte.

Zwischenruf

Ich will noch etwas Zweites sagen. Ich bin ja immer für Kritik und Diskussionen zu haben und habe alle Stellungnahmen gelesen.



Aber zu der Stellungnahme der Kollegin Barbe muss ich schon noch etwas sagen. Ich habe mir den Text wirklich Zeile für Zeile durchgelesen, um es wertfrei zu sagen. Es fehlen hinter jedem Satz eigentlich noch zehn Ausrufezeichen. Das ist ja eine Wut-Stellungnahme, so etwas lese ich sonst bei Facebook. Darauf kann ich nicht ernsthaft eingehen, dagegen ist Hubertus Knabe geradezu sachlich.

Ich möchte vorwegschicken, dass meine Fraktion die Grundidee für das Zukunftszentrum ausdrücklich unterstützt. Ich halte das Zukunftszentrum für eine sehr gute Idee, finde aber, dass es angesichts der Debatten, die hier oder in einigen Stellungnahmen aufgeworfen wurden, eine Maßgabe geben muss, wie wir uns dieser Geschichte nähern. Ich will an das erinnern, was Reinhard Höppner und Egon Bahr vor einigen Jahren, wie ich finde, sehr schön gesagt haben, dass man nämlich den Unterschied zwischen den Bergen von Leichen der Nazis und den Bergen von Akten der Stasi nicht verwischen darf. Vergleichen darf man vieles. Reinhard Höppner und Egon Bahr sind maßgebliche Personen der Zeitgeschichte, das Zitat ist ja nicht von mir, sondern von denen. Ich finde, diese Unterscheidung muss die Linie in der gesamten Diskussion sein.

Herrn Dr. Bollinger möchte ich fragen und Ihren Hinweis aufgreifen, sich die deutsch-deutsche Geschichte insbesondere in der Interdependenz zwischen BRD und DDR anzuschauen. Das sage ich als jemand, der aus Niedersachsen und Westdeutschland kommt, aber das nur am Rande. Vielleicht können Sie dazu Ausführungen machen, es gibt verschiedene interessante Punkte. Wenn Sie sich zum Beispiel die große sozialliberale Bildungsreform in der Bundesrepublik anschauen, so war das eine mittelbare – wenn nicht gar unmittelbare – Antwort auf bestimmte Entwicklungen in der DDR, die ich gar nicht bewerten will, sondern einfach nur feststelle. Vielleicht können Sie zu diesem Zusammenspiel im deutsch-deutschen Verhältnis etwas sagen.

In Ihrer Stellungnahme haben Sie einen weiteren Punkt angesprochen, der mich interessieren würde.

Egal wie man politisch dazu steht, so ist zunächst die Sachlage, dass wir in den 1990er-Jahren insbesondere in Ostdeutschland das große Experiment hatten, einen völlig enthemmten Neoliberalismus walten zu lassen mit allen Folgen, die das bis heute hatte. Das ist eine interessante Frage, über die man diskutieren kann. Diese Zeit ist glücklicherweise vorbei, das ist allseitig angekommen. Mich würde, Herr Dr. Bollinger, Ihre Einschätzung interessieren, an welchen Punkten man die Geschichte so erzählen könnte, dass man insbesondere diejenigen einbezieht, die davon betroffen sind. Ich weiß aus meinem Wahlkreis in Bitterfeld, wo ich seit 17 Jahren bin, wie die Leute auf zwei Deindustrialisierungen schauen, zunächst der Chemie- und der Filmindustrie und dann der Solarindustrie. Es stellt sich für mich die Frage, inwieweit diese Deindustrialisierung mit dem politischen Projekt des Neoliberalismus zusammenhängt.

Dritte und zunächst letzte Frage, darauf hat, glaube ich, Herr Dr. Kowalczyk hingewiesen: Man kann diese Entwicklung natürlich nur verstehen, wenn man sich die Entwicklung in der Sowjetunion anschaut. Es ist logischerweise ein Unterschied, inwieweit die Sowjetunion bis 1953 Einfluss auf die DDR oder die SBZ genommen hat, wie es nach 1953 war und wie ihr Einfluss nach dem 20. Parteitag der KPDSU wirkte. Es würde mich interessieren, inwieweit man auch diese Fragen, insbesondere zur Rolle der Sowjetunion als führende Macht des Ostblocks, einbeziehen sollte.

SV Dr. Stefan Bollinger (Politikwissenschaftler): Wir können heute nicht die ganze Geschichte der deutsch-deutschen, deutsch-sowjetischen und möglicherweise auch deutsch-US-amerikanischen Beziehungen entfalten. Ich will trotzdem eine Vorbemerkung machen. Mir scheint, dass unsere Diskussion zum Teil in eine fehlgehende Richtung läuft.

Eine bekannte Historikerin, die sich mit Vergangenheitspolitik beschäftigt, hat einmal gesagt: Wenn man sich die deutschen Verhältnisse anschaut, dann wird den Ostdeutschen die



Revolution zugute geschrieben und den Westdeutschen die deutsche Einheit. Wenn man manche unserer Beiträge heute nimmt, die sicher nicht alle so gemeint waren, läuft es eher darauf hinaus, dass wir Ostdeutschland als Objekt der Begierde oder der Untersuchung oder der Auseinandersetzung ansehen. Dabei vergessen wir, dass es, wenn wir über deutsche Einheit sprechen, um den Begriff der Einheit und der Veränderung geht, die sich natürlich nicht nur in Ostdeutschland, sondern in Gesamtdeutschland vollzogen hat. Der Blick auf Osteuropa ist vollkommen richtig und vollkommen notwendig. Aber wir sollten uns erinnern, dass es sich zunächst um eine deutsch-deutsche Entwicklung handelt, die bislang nicht abgeschlossen ist. Ich kann Ihnen versprechen, das Thema wird uns noch ein paar Generationen verfolgen.

Damit sind wir bei der Frage, die Herr Abg. Korte in den Raum gestellt hat. Ich hatte gesagt, man muss auf die Doppelbiografie der beiden deutschen Staaten zwischen 1945 und 1949 und zwischen 1949 und 1989/90 schauen. Man muss genau hinsehen, wie sich diese beiden Staaten bekämpft haben, aber wie sie auch versucht haben, bewusst oder unbewusst Einfluss zu nehmen. Hier ist auf die Bildungsreform in der DDR zu Beginn der 1960er-Jahre verwiesen worden. Ich kann auch daran erinnern, was mit der Frage der Gleichberechtigung der Frauen in der DDR geschehen ist. Ich kann daran erinnern, dass die Auseinandersetzung um § 218 Strafgesetzbuch, die bis zum heutigen Tage nicht abgeschlossen ist, unmittelbar damit zu tun hat, wie die beiden Staaten miteinander umgegangen sind, wie sie zur Kenntnis genommen haben, was auf der anderen Seite geschah oder nicht geschah. Das gilt, nebenbei bemerkt, genauso für die Aufmerksamkeit der DDR für wirtschaftliche, sozialpolitische und konsumpolitische Entwicklungen in der alten Bundesrepublik.

Zweite Bemerkung: Ich hatte vorhin – darauf ist leider niemand eingegangen – darauf hingewiesen, dass Ostdeutschland in Deutschland und in Zentraleuropa das Experimentierfeld für den Übergang zum Neoliberalismus in den 1990er-Jahren gewesen ist, für das also, was in Großbritannien und den USA schon einige Jahre zuvor

geschehen ist und was in der Bundesrepublik trotz der konservativen Wende, die Helmut Kohl verkündet hat, nicht radikal vollzogen worden ist. Hier gab es auf einmal die gute Chance, sehr radikal mit marktwirtschaftlichen, nicht zuletzt betriebswirtschaftlichen Herangehensweisen dafür zu sorgen, dass die ostdeutsche Wirtschaft sich vollkommen neu strukturieren durfte, dass sie deindustrialisiert wurde, dass eine Privatisierung stattfand, die zu 85 bis 90 Prozent dazu führte, dass die Betriebe von Westdeutschen übernommen worden sind, etwa zu 10 Prozent von ausländischen Investoren und nur zu etwa 5 Prozent die Chance bestand, dass ostdeutsche Betriebe übernommen haben – aufgrund ihres Kapitalmangels sicherlich nachzuvollziehen.

Dritte Bemerkung: Sicherlich ist es richtig, darauf hinzuweisen, dass die Führungsmächte, die Supermächte auf den beiden Seiten, Einfluss genommen haben. Dass dieser Einfluss auf die DDR seitens der Sowjetunion geschehen ist, ist bekannt. Man kann schauen, welche Entwicklungsetappen dieser Prozess durchgemacht hat. Es sind Zäsuren genannt worden wie die Jahre 1953 und 1956. Es ist auch darauf zu verweisen, dass der Versuch der DDR unter Ulbricht, in den 1960er-Jahren einen Reformprozess im Wirtschaftsbereich und sehr maßvoll im politischen Bereich anzugehen, letztlich nicht nur innerhalb der SED gescheitert ist, sondern nicht zuletzt an den sowjetischen machtpolitischen Überlegungen, die die bescheidene Kühnheit von Ulbrichts neuer ökonomischer Politik mit dem Prager Frühling in Verbindung gebracht haben. Was man nicht haben wollte, war ein Ausbrechen aus dem staatssozialistischen System, wie es die Sowjetunion vorgegeben hat.

Abg. **Jan Korte** (DIE LINKE.): Vielleicht noch eine kurze Frage an Herrn Dr. Bollinger. Sie haben die Frage aufgeworfen und bis auf eine Sachverständige stellt allgemein niemand in Frage, was insbesondere die mehr oder minder begabten westdeutschen Eliten angeht, die 1990 nach Ostdeutschland gekommen sind. Ich weiß aus vielen Erzählungen, dass wirklich die allergrößten Flaschen, die wirklich zu blöd waren, auf einmal Verwaltungschefs und Stadtdirektoren waren.



Dieser Elitenwechsel wurde vollständig durchexekutiert in den Universitäten, zum Teil bei der NVA respektive der Bundeswehr und in anderen Institutionen. Berichte – aktuell der Bericht des Beauftragten für Ostdeutschland – weisen immer wieder darauf hin, was das nicht nur sozialpsychologisch, sondern auch für die Entwicklung der ostdeutschen Gesellschaft bis heute bedeutet. Dazu würde mich Ihre Einschätzung interessieren.

SV Dr. Stefan Bollinger (Politikwissenschaftler): Wir haben gern den Vergleich zur osteuropäischen Transformation herangezogen, wo dieser radikale Elitenwechsel so nicht stattgefunden hat, sondern die Eliten entweder einen Lernprozess durchgemacht haben oder sie neuerweise aus ihrem eigenen Lande rekrutiert werden konnten.

Das Problem hatten die Ostdeutschen im Großen und Ganzen, zumindest auf der Führungsebene, nicht, wichtige Bereiche sind weitestgehend beseitigt worden. Ich glaube, vier Diplomaten haben überlebt, auch einige Offiziere und Militärs, die in der Bundeswehr eingegliedert worden sind. Für die, die übriggeblieben sind, mag das erfolgreich gewesen sein. Aber generell gilt natürlich, dass damit ein Großteil der ostdeutschen Eliten, insbesondere auch der intellektuellen Eliten, individuell wirtschaftlich vor dem Nichts gestanden hat und sich neu orientieren musste. Dass das Konsequenzen für die relativ bescheidenen Anteile der Ostdeutschen an der gesamtdeutschen Meinungsbildung und Diskussion hat, ist, denke ich, nachzuvollziehen. Man kann auf viele einzelne Punkte verweisen, es ist durchaus dem einen oder anderen Schriftsteller oder einer Schriftstellerin gelungen, wirksam zu sein. Aber im Großen und Ganzen hat dieser Umbruch so stattgefunden. Das kann man begrüßen und sagen, okay, hier ist endlich radikal vollzogen worden, was wir 1945 in der alten Bundesrepublik versäumt haben. Die kommunistische Herrschaft ist liquidiert worden bis zum letzten Mann – glücklicherweise nicht physisch, sondern nur in der Form der Ausschaltung. Oder man kann sagen, man hat Lernprozesse abgebrochen und verhindert, die Gesamtdeutschland durchaus ein Stück weitergebracht hätten.

Vorsitzende: Vielen Dank. Damit darf ich jetzt den 18-Minuten-Block für die Fraktion der SPD und mich selbst als Berichterstatterin aufrufen.

Abg. **Katrin Budde** (SPD): Vielen Dank den Sachverständigen. Die Mischung ist spannend, tatsächlich habe ich mir die Anhörung gar nicht so lebendig vorgestellt. Auch für mich sind noch einmal neue Aspekte hinzugekommen, obwohl ich sowohl in der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ als auch in der Arbeitsgruppe mitgearbeitet habe, die sehr bewusst gesagt hat, dass das Zentrum zuerst die deutsche Einheit im Titel führt und dann die europäische Transformation. – Die Kommission nannte in ihrem Titel übrigens ebenfalls sehr bewusst erst die friedliche Revolution und dann die deutsche Einheit. – In der Arbeitsgruppe haben wir lange über diese Reihenfolge diskutiert, manche wollten die europäische Transformation nach vorn rücken.

Herr Dr. Bollinger, es liegt sicherlich an unterschiedlichen Biografien, aber bei mir stellen sich alle Stacheln auf, wenn Halbsätze kommen wie „die friedliche Revolution, wie sie gerne genannt wird“. Gott sei Dank war es sowohl eine friedliche als auch eine Freiheitsrevolution, wie Herr Dr. Kowalczyk gesagt hat. Eine „Wende“ war es jedenfalls nicht, dann würden wir heute noch unter Egon Krenz hier sitzen und ich wahrscheinlich nicht. Diese Untertöne weise ich sehr weit von mir, nicht nur für mich, sondern auch für diejenigen, die damals auf der Straße waren.

Was die Debatte angeht Europa, Ostmitteleuropa, ja, nein, so haben wir die Überschrift des Zentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation wirklich sehr intensiv diskutiert. Ich finde die Reihenfolge richtig, aber ich finde ebenso den zweiten Aspekt der europäischen Transformation extrem wichtig, weil der Weg zur friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR über viele Etappen gelaufen ist, in Ost- und Mitteleuropa aber auch. Ohne diese Etappen wäre es gar nicht möglich gewesen, den Prozess von 1989 sowohl in der ehemaligen DDR als auch in den anderen osteuropäischen Blockstaaten anzugehen.



Auch das neue Europa ist entstanden mit vielen Staaten, die aus dem Block der Sowjetstaaten und aus dem Block Ost- und Mitteleuropa herausgebrochen sind, sich selbstständig gemacht haben. Auch das ist ein neues anderes Europa. Wir sehen, dass die Transformationsprozesse sehr unterschiedlich abgelaufen sind und zu ganz unterschiedlichen Entwicklungen geführt haben. Wenn wir uns Polen und Ungarn anschauen, ich zumindest mit wenig Verständnis für bestimmte Dinge im Hinblick auf den Nationalismus oder die Rechte von Frauen oder viele andere Themen, dann sehen wir Entwicklungen und Transformationsprozesse, die auf die Jahre 1989/90 gefolgt sind.

Wenn wir uns die Ukraine und den Krieg anschauen, dann glaube ich, dass das neue Europa noch einmal ein anderes sein wird. Wenn wir über die Ukraine reden, über Moldau, möglicherweise über Georgien, dann ist es ein ganz anderes Europa, das entstehen kann. Die Transformationsprozesse, die in diesen Staaten abgelaufen sind, werden das neue Europa prägen. Dieses neue Europa wird kein westeuropäisches Europa sein, wie es in den 1980er-Jahren und vielleicht Anfang der 1990er-Jahre noch existierte. Deshalb ist es wichtig, dass wir sowohl die Vergangenheit als auch die Zukunft unter diesem Aspekt im Zukunftszentrum betrachten zusätzlich zum Thema deutsche Einheit.

Deutsche Einheit – ja klar, es gibt in der alten Bundesrepublik Unterschiede zwischen Nord und Süd, die Bayern sind nicht die Ostfriesen, und dazwischen gibt es auch noch eine ganze Menge Unterschiede. Solche Unterschiede gibt es in der ehemaligen DDR auch, zwischen der Küste und dem ländlichen Thüringen gibt es große Unterschiede. Trotzdem gibt es noch einmal zusätzlich einen großen Unterschied zwischen Ost und West, eben weil es nach 1945 andere Entwicklungen gegeben hat, andere Staaten, andere Ideologien. Die brachialen Brüche nach 1989/90 unterscheiden Ost und West.

Ich spreche von Brüchen, denn Transformation gab es nur an wenigen Stellen. In Sachsen-Anhalt hat es die Chemieindustrie geschafft, in anderen

Teilen der ehemaligen DDR haben es andere Industrien geschafft. Die Brüche unterscheiden Ost und West zusätzlich zu den Unterschieden zwischen Bundesländern. Unsere Idee in der Arbeitsgruppe war, dass daraus Schlussfolgerungen gezogen und in einem Zukunftszentrum Ideen entwickelt werden sollen, wie man mit neuen Krisen umgehen kann. Es soll nach hinten, aber auch nach vorn geschaut werden, deshalb der Dreiklang aus Transformationsforschung, Kunst und Kultur sowie Bürgerdialogen.

Die Beschreibung der Transformationsetappen fand ich sehr spannend. Ja, Frau Dr. Enders, jede Generation hat ihre eigene Sicht auf die Geschichte. Es ist total wichtig, diese Sicht zu kennen. Meine Kinder sind 1996 geboren, sie haben wieder eine andere Sicht, aber sie verstehen sich nicht nur als deutsche und europäische Bürgerinnen, sondern auch als Ostdeutsche. So etwas zieht sich durch, das ist eine Erfahrung, die man respektieren und sehen muss. Man muss zugleich fragen, woher das kommt, und was das mit Menschen macht. Was haben die Brüche mit Menschen gemacht? Wie reagieren sie deshalb heute auf neue Krisen? Das haben Sie, Herr Prof. Dr. Paqué, angesprochen, den Ansatz finde ich sehr spannend. Wenn man retrospektiv schaut, kommen wir vielleicht zu unterschiedlichen Ergebnissen, was in der Transformation der Volkswirtschaft hätte getan werden können oder sollen. Aber mit der Forderung, die Frage an sich zu beleuchten, haben Sie völlig Recht. Sie müssen zugeben, Sie haben in Ostdeutschland in der schöneren Hälfte Deutschlands gewohnt und gelebt mit spannenden Erfahrungen, die es wahrscheinlich in einem Westdeutschland, das sich vor sich hin entwickelt, nicht gegeben hätte.

Frau Prof. Dr. Neuss, nein, es wird kein Büro in Westdeutschland geben. Ich habe noch einmal darüber nachgedacht, aber es geht ja gerade darum, dass die Menschen in den Osten kommen. Die Idee war schon, mit Ausstellungen im Kunst- und Kulturbereich und mit Bürgerdialogen durch die ganze Republik zu gehen. Aber ein Außenbüro war nicht beabsichtigt. Sie sagen mit Selbstverständlichkeit, die Menschen gingen nicht in den Osten. Warum nicht? Genau das ist das Ziel.



Wenn wir eine gemeinsame neue Zukunft entwickeln, dafür einen Entwurf machen und uns unterhalten wollen, dann muss man da hingehen, wo die großen Brüche stattgefunden haben. Ich glaube schon, dass viele Schulklassen durch das Zukunftszentrum laufen werden, dass es, wenn es steht, viele aus Ost und West besuchen und sich miteinander unterhalten werden. Publikum wird auch aus Mittel- und Osteuropa und darüber hinaus kommen. Ich möchte Herrn Abg. Hackers Frage an Frau Dr. Enders weiterleiten und den Staatsminister bitten zu sagen, was er aus der Debatte mitgenommen hat. Dann bleiben für meinen Kollegen Papendieck noch ein paar Minuten, je nachdem wie schnell geantwortet wird.

Vorsitzende: Frau Dr. Enders, bitte.

SV Dr. Judith C. Enders (Politikwissenschaftlerin): Das Buch habe ich nicht an alle Abgeordneten geschickt, weil Sie es sich frei herunterladen können. Die Jugend ist interessierter, sich so etwas im Download zu beschaffen als in Papierform. Man kann den Menschen schon zutrauen, dass sie Studien zur Lage der Nation lesen, nicht nur Ihren Bericht, Herr Schneider, sondern auch die wissenschaftliche Sicht. In dem Buch steht wirklich viel Spannendes. Dass man den Band umsonst und frei zur Verfügung stellt, dass der Steuerzahler dazu bereit war, Menschen die wissenschaftliche Sicht zu öffnen, ohne die Barriere zu errichten, ein Buch für 42 Euro zu kaufen, das ist entscheidend.

Wie können die Wissenschaftler vermitteln, was sie erforscht haben? In so einem Zukunftszentrum muss Lernen auf beiden Seiten stattfinden. Wenn die Bürger/-innen und Besucher/-innen in das Zentrum kommen, müssen die Wissenschaftler/-innen sich aus ihrem Elfenbeinturm in das Zentrum begeben, einmal in der Woche an einer Diskussionsveranstaltung teilnehmen und aufnehmen, was die Bürger/-innen zu sagen haben und was Kunst und Kultur einbringen können. Das Interdisziplinäre ist entscheidend, muss beibehalten und langfristig so etabliert werden, dass es nicht nach der ersten Euphorie verloren geht, wenn man mit einer echten Bürger/-in zusammengetroffen ist.

Die Perspektiven der verschiedenen Generationen müssen berücksichtigt werden, sie müssen Raum haben. Auch in unserem Kreis hier hat man gemerkt, dass sehr viel Redebedarf herrscht und Personen über verschiedene Aspekte reden wollen. Es wäre schön, für all diese Aspekte einen gleichberechtigten Raum zu eröffnen. Der transgenerationalen Weitergabe von Erfahrung in Familien und anderen Personengruppen mit der doppelten Diktaturerfahrung des Nationalsozialismus und der Diktatur im osteuropäischen und ostdeutschen Bereich muss Rechnung getragen werden.

Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister **Carsten Schneider** (Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland): Ich kann nahtlos an das anschließen, was Frau Dr. Enders ausgeführt hat zu den unterschiedlichen Gesprächsbedarfen und Zielgruppen.

Ich will ein paar Forderungen aufgreifen, die heute formuliert wurden. Herr Dr. Kowalczuk hat eine internationale Gremienbesetzung und Beratung verlangt. Das sage ich zu, das halte ich für eine zwingende Voraussetzung. Wir wollen keine deutsch-deutsche Nabelschau betreiben, sondern wissenschaftlich auf der Höhe der Zeit arbeiten. Natürlich sind auch deutsche Wissenschaftler auf der Höhe der Zeit, aber es gibt viele mittelosteuropäische und andere Wissenschaftler, die ich gern einbeziehen möchte. Ich weiß nicht mehr, wer Timothy Gardon Ash zitiert hat. Manchmal sind es auch Briten, die einen guten Überblick haben. Es müssen nicht immer Betroffene sein. Es ist manchmal wie bei den Generationen: Es gibt eine Generation, die sich die Geschichte der Eltern aneignet und sie aus einem gewissen Selbstbewusstsein heraus sowie aus der Beobachtung heraus deutet. In vielen Krisen, in den 1990er-Jahren, in den 2000er-Jahren, selbst jetzt den letzten zehn Jahren haben viele Leute einfach nur gestrampelt, um ihr Leben hinzubekommen, um Unternehmen aufzubauen und über die Runden zu kommen. Die Zeit für Reflexion ist dabei oft verlorengegangen. Hinzu kommen die neuen digitalen Möglichkeiten.



Die Echoräume und Blasen, in denen sich Einzelne nur noch wiederfinden, führen zu einem sich selbst verstärkenden System des Aneinander-vorbei-Redens und der Polarisierung.

Was wir mit dem Zentrum schaffen können, ist, dort einen ganz starken Identifikations- und Diskussionspunkt zu setzen. Ich möchte dies offen und ohne Vorgaben erreichen, sonst wirkt das Angebot steif und wird nicht angenommen. Den Diskurs der unterschiedlichen Gruppen, den Herr Dr. Kowalczuk eingefordert hat, halte ich für relevant. Den muss man aushalten, um eine Gesellschaft wie die ostdeutsche abzubilden, die nicht zuletzt sehr stark zwischen Stadt und Land polarisiert ist, und sie symbolhaft an einen Tisch zu holen.

Ich bin sehr dafür, dass wir nicht zu einer Versäulung kommen, sondern die Interdisziplinarität der Gattungsformen zu nutzen. Das betrifft insbesondere den Bereich der Kunst. Kunst kann sehr viel ausdrücken. Ich würde unbedingt die Literatur einbeziehen. Sowohl die Autoren der DDR als auch der Zeit danach sind aus meiner Sicht besonders spannend. Herr Prof. Dr. Paqué, ich glaube, auch für Sie ist das Berufliche und Menschliche in Magdeburg spannend gewesen. Wo hat man schon die Chance, ein Land komplett neu aufbauen zu können? Es gab sehr viele Menschen, die diese Chance gesehen haben und genau deswegen gekommen sind. Es muss uns gelingen, diese Neugierde und dieses Interesse in dieses Zentrum zu übertragen, sodass es dort nicht zu einer ostdeutschen Nabelschau kommt. Das Zentrum soll den anstrengenden Diskurs auch für den Westen ermöglichen, der oft, wenn es um Entscheidungen mittel- und mittelosteuropäischer Partner in der Europäischen Union geht, mit Unverständnis auf deren Positionierungen reagiert. Wenn ich es richtig verstanden habe, versuchen sich diese Länder permanent an das alte Brüsseler EU-Konzept der zwölf Unionsstaaten anzupassen, während die Kulturgeschichte der mittelosteuropäischen Räume, die in Teilen in der ehemaligen DDR genauso einschlägig ist, quasi keine Abbildung findet. Hier liegt nach meiner Auffassung ein großer Teil des Missverständnisses. Dass uns das gelingt, möchte ich

dadurch erreichen, dass wir verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen aus den mittelosteuropäischen Ländern mit einbinden. Ich war in Tschechien, in Polen, als Nächstes führt ein Besuch in die baltischen Länder, um die Einladung auszusprechen. Frau Scherbakowa von Memorial ist genannt worden. Sie hat – damals war noch nicht klar, dass sie den Friedensnobelpreis bekommen würde – einen Text zum Bericht zum Stand der deutschen Einheit (Drucksache 20/3700) beigetragen, in dem sie sich mit den sowjetischen Ehrenmalen beschäftigt und mit der Frage, wie man mit ihnen umgehen kann, ohne in Bilderstürmerei zu geraten. Das finde ich sehr spannend. So würde ich gern im Dialog auch mit Ihnen, die Sie heute hier anwesend sind und die Debatte bereichert haben, das Zentrum Gestalt annehmen lassen.

Abg. **Mathias Papendieck** (SPD): Transformation der Gegenwart und Zukunft ist ein Ziel dieses Zukunftszentrums. Dabei geht es auch darum, wie die Transformation in der Wirtschaft und in der Gesellschaft rein plastisch ablaufen wird. Dafür gibt es am Ende Gründe, einer der Gründe ist der Klimawandel. Das ist einfach so, und das bringt Ängste mit sich, ganz plastische Ängste wie zum Beispiel, dass wir bald kein Benzin mehr haben oder keinen Diesel mehr herstellen werden. Das löst Ängste bei den Menschen aus, und diesen Ängsten müssen wir uns stellen. Dazu kann dieses Zukunftszentrum elementare Beiträge leisten.

Ich will noch eins hinzufügen. Wir dürfen die weitere Spaltung der Gesellschaft nicht zulassen. Diese Schwierigkeit haben wir im Moment in der Demokratie, daran müssen wir arbeiten. Die Frage an Frau Dr. Enders besteht aus zwei Teilen. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um die Kolleginnen und Kollegen einzubinden, die in ihren Arbeitswelten diese Transformation und diese Ängste hautnah mitbekommen? Welche Werkzeuge brauchen wir dafür? Mein zweiter Punkt: Welche Kompetenzen braucht das Zukunftszentrum selbst in seinen Ausprägungen bei denjenigen, die dort die wissenschaftliche Arbeit ausüben, damit auch das gewährleistet ist?



SV **Dr. Judith C. Enders** (Politikwissenschaftlerin): Vielen Dank für diese wichtige Frage. In erster Linie ist Angst ein schlechter Berater. Deshalb muss man darauf schauen, dass Ängste zunächst einmal ernstgenommen und anerkannt werden, sie nicht einfach als nichtig zur Seite geschoben werden. Es ist einfach so, dass Verlustängste auftreten, wenn sich die Welt verändert. Diese Ängste erinnern an die Ängste aus den 1990er-Jahren in der Transformationszeit und wühlen bei den Menschen Dinge auf, die mit den aktuellen Situationen manchmal gar nichts oder nur noch wenig zu tun haben. Trotzdem kochen die Emotionen hoch. Es wäre wichtig, hier eine gute Begleitung zu organisieren, vielleicht auch einmal zu investieren und den Menschen Gelegenheit zu geben, diese Ängste auszusprechen, ohne sich schämen und ohne sich wegducken zu müssen, sondern sich zu aktivieren und handlungsfähig zu bleiben. Dafür braucht man Kooperationspartner wie die Gewerkschaften oder muss ähnliche Organisationen finden, die sich hier engagieren.

Welche Kompetenzen braucht das Zukunftszentrum? Wir hatten eine Psychoanalytikerin in der Kommission. Diese Perspektive wird nicht so gern angefasst – Politik und Psychologie, wie soll das gehen? –, aber es gibt sehr viele psychologische Faktoren, die in den Transformationsprozessen eine Rolle spielen, wenn Ängste auftreten, aber auch Chancen ergriffen werden müssen. Dazu braucht es eine innere Ich-Stärke und Kompetenz. Das bei den Menschen anzuregen und zu fördern

wäre gut. Deshalb wäre es gut, in eine sozialpsychologisch-politische Richtung zu denken und gut, wenn dies Berücksichtigung finden würde. Zu den Werkzeugen gehört, dass man die Kosten von Transformation ehrlich benennt. Man muss sagen, dass etwas Angst macht und gleichzeitig sagen, dass eine demokratische Gesellschaft und eine soziale Marktwirtschaft Lösungen finden können, nicht nur in Form von Geld.

Vorsitzende: Vielen Dank. Wir sind am Ende der Anhörung angekommen. Vielen Dank an die Sachverständigen, Herrn Staatsminister für die Bundesregierung, an diejenigen, die sich dafür interessiert haben im Saal und an den Bildschirmen. Herzlichen Dank für das Interesse.

Zum weiteren Verfahren: Die Anhörung steht sehr bald in der Mediathek des Deutschen Bundestages zur Verfügung, sodass man sie sich noch einmal anschauen kann. Der Ausschuss wird sich zu einem späteren Zeitpunkt wieder mit dem Thema befassen. So wie es der Staatsminister gesagt hat, ist gewünscht, dass wir eng in der Begleitung bleiben. Der Prozess ist auf eine längere Strecke angelegt, bis die ersten Pflöcke eingeschlagen sind, kann es etwas dauern.

Herzlichen Dank. Die Anhörung ist beendet. Ich schließe die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 13:15 Uhr

Katrin Budde, MdB
Vorsitzende